

PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Ludwigshafen am Rhein

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016
und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Inhaltsverzeichnis	Seite
Konzernlagebericht PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2016	1
Konzernabschluss PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2016	1
1. Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016	2
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	3
3. Konzern-Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21	4
4. Konzern-Eigenkapitalpiegel gemäß DRS 7	6
5. Konzernanhang des Geschäftsjahres 2016	7
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	1

1. Grundlagen des Konzerns

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ist die Konzernmuttergesellschaft einer innovativen Dienstleistungsgruppe für alle Themen rund um Erneuerbare Energien, Strom-, Gas- und Wärmeversorgung mit einem deutschlandweiten Vertriebsansatz und des führenden Netzbetreibers in der Pfalz und im Saarpfalz-Kreis, der Pfalzwerke Netz AG. Kunden des Konzerns sind Privat-, Geschäfts- und Industriekunden, Stadt- und Gemeindewerke sowie Kommunen. Darüber hinaus setzt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verstärkt auf ressourcenschonende Energiequellen wie Photovoltaik, Biomasse und Windkraft und engagiert sich so für zukunftssichere und umweltschonende Lösungen in der Wärme- und Stromversorgung. Aufgrund ihrer hohen technischen und kaufmännischen Kompetenzen und ihrer langjährigen Erfahrung ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ein zuverlässiger Partner für die Energiewende. Den Schwerpunkt legt der Energieversorger dabei auf seine operativen Geschäftsfelder – zuverlässige Netze, kundenorientierte Energiedienstleistungen sowie faire und transparente Geschäftsbedingungen für alle Kundensegmente.

Zum Pfalzwerke-Konzern gehören 36 Unternehmen, wie z. B. die Unternehmen Pfalzwerke Netz AG, PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH, PFALZSOLAR GmbH, Repa GmbH Elektrotechnik, FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Pfalzgas GmbH, pfalzwind GmbH, VOLTARIS GmbH oder prego services GmbH sowie zahlreiche Private-Public-Partnership-Gesellschaften im kommunalen Umfeld. Somit hat sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu einem bundesweit agierenden Multi-Utility-Anbieter mit attraktivem Produktportfolio entwickelt.

Das Aktienkapital der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT befindet sich überwiegend in kommunaler Hand. Der Bezirksverband Pfalz, als kommunale Gebietskörperschaft, hält 52,1 Prozent der Aktien. Zweitstärkster Anteilseigner ist die innogy SE mit 26,7 Prozent. Das übrige Aktienkapital verteilt sich auf die Stadt Ludwigshafen am Rhein (10,3 Prozent) und Übrige (10,9 Prozent; inkl. Belegschaftsaktionäre).

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Der moderate Aufschwung in Deutschland setzte sich im Geschäftsjahr 2016 fort. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,9 Prozent (Vorjahr: +1,7 Prozent). Insbesondere die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates sowie der Wohnungsbau haben zum Aufschwung beigetragen. Die Unternehmensinvestitionen entwickelten sich hingegen mäßig. Die Ausfuhren sind im langjährigen Vergleich nur moderat gestiegen. Grund sind einerseits die fehlenden Wachstumsimpulse aus der Weltwirtschaft. Andererseits hat die expansive Geldpolitik der EZB dazu beigetragen, dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld für die deutsche Exportwirtschaft deutlich verbessert hat. Der relativ geringe Außenwert des Euro war eine wesentliche Ursache für den zumindest moderaten Anstieg der Ausfuhren im Jahr 2016.

Auch die Stimmung in der deutschen Wirtschaft entwickelte sich 2016 tendenziell positiv. Sowohl der ifo Geschäftsklimaindex als auch die ZEW Konjunkturerwartungen legten im Jahresverlauf zu. Nach einem kurzfristigen Rückgang

in Folge des Brexit-Votums im Juli und August stieg der ifo Geschäftsklimaindex bis zum Dezember auf 111 Punkte, den höchsten Stand seit Februar 2012. Auch die ZEW Konjunkturerwartungen erholten sich in der zweiten Jahreshälfte allmählich vom Brexit-Schock und erreichten im Dezember 13,8 Punkte. Als Gründe für den Anstieg der Stimmungsindekatoren im letzten Jahresdrittel sind die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in China, die robuste Konjunkturlage in den USA und die guten Aussichten für eine Fortsetzung des Wachstumskurses im Euroraum zu nennen.

Die gute wirtschaftliche Lage schlug sich auch am deutschen Arbeitsmarkt nieder, wo die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf 2016 weiter leicht zurückging und im Dezember bei 2,57 Millionen lag. Die Arbeitslosenquote betrug 5,8 Prozent (Vorjahr 6,1 Prozent). Mit durchschnittlich 2,69 Millionen fiel die Zahl der Arbeitslosen 2016 um rund Hunderttausend geringer aus als im Vorjahr.

Die Europäische Zentralbank (EZB) lockerte ihre Geldpolitik 2016 weiter. Im März senkte sie den Leitzins erstmals auf null Prozent, erhöhte den Strafzins auf Einlagen bei der Notenbank auf -0,4 Prozent und leitete eine deutliche Ausweitung der Anleihekäufe ein. Im Dezember verlängerte sie das Anleihe-Kaufprogramm über das geplante Ende im März 2017 bis Ende 2017. Die EZB behält sich eine weitere Verlängerung vor, sollte sich die Inflationsrate nicht wie gewünscht entwickeln. Diese zeigte in der zweiten Jahreshälfte 2016 zwar wieder steigende Tendenz, lag aber im Gesamtjahr mit 0,5 Prozent immer noch weit entfernt von der angestrebten Rate von knapp 2 Prozent. Auch die Leitzinsen werden nach Verlautbarungen des EZB-Präsidiums noch lange niedrig bleiben. Folglich sind die Renditeerwartungen bei Finanzanlagen weiterhin gering und die Pensionslasten bei den Unternehmen, die ihre Pensionsrückstellungen entsprechend der Zinsentwicklung anpassen müssen, auch mittelfristig hoch.

2.1.2. Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft

Nach vorläufigen Erhebungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) deckten regenerative Anlagen im Jahr 2016 rund 32 Prozent des Bruttostromverbrauchs. Damit wäre der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahr (31,6 Prozent) praktisch unverändert. Aufgrund schlechter Windverhältnisse ging die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen an Land trotz eines Zubaus dieser Anlagen zurück. Dennoch hat die Windenergie an Land mit fast 35 Prozent immer noch den größten Anteil an der Stromerzeugung aus Erneuerbaren gefolgt von der Photovoltaik mit 20 Prozent.

Die EEG-Umlage, über welche die Förderkosten für erneuerbare Energien finanziert werden, ist 2016 um 2,9 Prozent auf 6,35 Cent/kWh gestiegen. Die Netzentgelte lagen im Durchschnitt um 5,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die staatlichen Belastungen beim Strompreis erreichten 2016 ein neues Rekordhoch und machten 54,1 Prozent des Strompreises aus. Der von den Energieversorgern selbst beeinflussbare Anteil am Strompreis (Strombeschaffung und Vertrieb) betrug 21,3 Prozent. Auf die Netzbetreiber entfielen 24,6 Prozent. Der Strompreis für private Verbraucher blieb 2016 nach Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) im Vergleich zum Vorjahr stabil.

2.1.3. Änderungen und Inkrafttreten von Gesetzen

Im Sommer 2016 stimmten Bundestag und Bundesrat den Novellen und neuen Gesetzen zum EEG, zur Anreizregulierung, zum Strommarkt und zur Digitalisierung zu. Die zahlreichen Änderungen in Gesetzen und Verordnungen führen nicht nur zu einer weiteren massiven Erhöhung der Komplexität in der Energiewirtschaft, sondern auch zu zusätzlichen administrativen Aufwendungen. Zugleich werden die Marktbedingungen mittelfristig hierdurch stark verändert und eine Planung unternehmerischer Aktivitäten sehr erschwert. Die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen stellen

deutlich erhöhte Anforderungen an das Management der Unternehmen in der Energiewirtschaft bezüglich der Sicherung der Zukunftsfähigkeit.

Nachdem das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) mit der Festlegung von Ausbaukorridoren bereits grundlegende Weichenstellungen vorgenommen hatte, um den Zubau der Erneuerbaren zu steuern und die Förderkosten einzudämmen, hat das mit Beginn des Jahres in Kraft getretene EEG 2017 einen Paradigmenwechsel in der Förderpolitik eingeläutet. Seitdem werden die Vergütungssätze für die Erneuerbaren Windenergie an Land, Windenergie auf See, Photovoltaik und Biomasse nicht mehr staatlich festgelegt, sondern in Ausschreibungsverfahren zwischen den Anlagenbetreibern ermittelt. Durch die Umstellung auf Wettbewerb soll der Ausbau der Erneuerbaren kosteneffizienter als bisher gesichert werden. Anlagen mit weniger als 750 kW (Biomasse 150 kW) sind ausgenommen. Ausgeschrieben wird die gleitende Marktprämie. Die Förderhöhe richtet sich nach dem eigenen Gebot („pay-as-bid“). Für die Technologien wurden jeweils Kontingente fixiert, sodass der Zubau insgesamt begrenzt ist.

- In der Photovoltaik wird ein jährlicher Zubau von 2.500 MW angestrebt, 600 MW werden ausgeschrieben. Die 2015 gestarteten Pilot-Ausschreibungen für Freiflächenanlagen werden auf alle anderen großen PV-Anlagen erweitert.
- Für Windenergie an Land wird eine Brutto-Zubaumenge von 2.800 MW, ab 2020 2.900 MW pro Jahr festgelegt. Projekte, die 2017 oder 2018 in Betrieb gehen, fallen unter die Übergangsregel des EEG 2014 und haben weiterhin Anspruch auf Vergütung nach der bisherigen Regelung. Die Vergütung wird jedoch durch eine Sonderdegression um 1,05 Prozent in den Monaten März bis August 2017 und die Verschärfung des sog. „atmen- den Deckels“, welche weitere Absenkungen um bis zu 2,4 Prozent pro Quartal ermöglicht, deutlich verringert.
- Um zusätzliche Anreize zum Netzausbau zu schaffen, kann die Bundesnetzagentur künftig Gebiete mit Netzengpässen als Netzausbaugebiete definieren, in denen die Zubaumenge von Windkraft an Land auf 58 Prozent des durchschnittlichen Zubaus der Jahre 2013 bis 2015 limitiert ist.
- Für Bürgerwindparks werden Ausnahmeregelungen getroffen. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Teilnahme an der Auktion bereits vor Erteilung der Bundesimmissionsschutzgesetz (BlmSchG)-Genehmigung und einer Verlängerung der Frist zur Inbetriebnahme um 24 Monate. Außerdem erhalten Bürgerenergieprojekte nicht den Wert ihres Gebots, sondern den höchsten Preis aus der jeweiligen Ausschreibungsrunde.
- Im Bereich Biomasse werden für Neu- und Bestandsanlagen jährlich 150 MW (2017 bis 2019) bzw. 200 MW (2020 bis 2022) ausgeschrieben.

Weitere Neuerungen betreffen Eigenverbrauch und Speicher. Nach wie vor ist die EEG-Umlage reduziert, wenn der Erzeuger den Strom selbst in unmittelbarer Nähe verbraucht und der Strom nicht durch das Netz zur allgemeinen Versorgung geleitet wird. Für Strom, der bis zum 31. Dezember 2016 verbraucht wurde, waren 35 Prozent der EEG-Umlage zu zahlen, ab 2017 sind es 40 Prozent. Für Strom, der in Speicher geleitet wird, ist keine EEG-Umlage mehr zu zahlen, wenn der anschließend entnommene Strom entweder vollständig in das Netz eingespeist wird oder für den gesamten entnommenen Strom eine (reduzierte) EEG-Umlage anfällt. Damit soll die Doppelbelastung von Eigenverbrauchsanlagen mit der EEG-Umlage bei der Zwischenspeicherung und beim Verbrauch des Stroms ausgeschlossen werden.

Außerdem enthält das neue EEG Verordnungsermächtigungen bezüglich grenzüberschreitender und technologieübergreifender Ausschreibungen. An den grenzüberschreitenden Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien sollen auch Gebote für Anlagen im Staatsgebiet anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Umfang von 5 Prozent der jährlich zu installierenden Leistung berücksichtigt werden. Voraussetzung für die Teilnahme ist, dass die Länder gleichsam ihren Markt für deutsche Anlagenbetreiber öffnen. Im Herbst 2016 hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) in einem Pilotprojekt mit Dänemark die erste grenzüberschreitende Ausschreibung für Strom aus erneuerbaren Energien in Europa durchgeführt. Technologieübergreifende Ausschreibungen sollen ebenfalls in einem Pilotvorhaben getestet werden. Die BNetzA führt in den Jahren 2018 bis 2020 für ein Volumen von 400 MW pro Jahr gemeinsame Ausschreibungen von Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen durch. Näheres soll eine Verordnung regeln, in der auch unterschiedliche Anforderungen für beide Technologien festgelegt werden können (z. B. Höchstpreise, Ober- und Untergrenzen für die Größe der Anlage).

Eine weitere Verordnungsermächtigung betrifft die Mieterstrommodelle für Solaranlagen. Die Verordnung soll regeln, dass die Betreiber einer Solaranlage, die auf einem Gebäude installiert ist und die Hausbewohner mit Strom beliefert, nur eine verringerte EEG-Umlage zahlen müssen.

Im Oktober 2016 hat das Bundeskabinett den Entwurf für das „Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung“ beschlossen. Dadurch wurden die Regelungen zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) 2016 und zur Eigenversorgung im EEG 2017 angepasst und die Ende August mit der EU-Kommission erzielte Verständigung zu beihilferechtlichen Fragen bei energiewirtschaftlichen Rechtsetzungsvorhaben („Energiepaket“) gesetzlich umgesetzt. Die EU-Kommission hat daraufhin das KWKG, das formal bereits am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, rückwirkend genehmigt. Das Gesetz sieht folgende Anpassungen vor:

- Die Höhe der Zuschlagszahlung für KWK-Anlagen von ein bis 50 MW wird ab dem Winter 2017/2018 im Wege eines wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens ermittelt. Das Ausschreibungsdesign für KWK orientiert sich am EEG 2017. Für KWK-Anlagen, die bis zum 31. Dezember 2016 genehmigt oder verbindlich bestellt sind und die bis zum 31. Dezember 2018 in Betrieb genommen werden, können noch die gesetzlich festgelegten Fördersätze nach dem KWKG 2016 in Anspruch genommen werden.
- Die Privilegierung der energieintensiven Industrie bei der KWKG-Umlage wird wie in der Besonderen Ausgleichsregelung im EEG 2017 ausgestaltet: Wer einen Begrenzungsbescheid auf der Grundlage des EEG hat, wird auch nach dem KWKG entlastet.
- Im EEG bleibt bei Bestandsanlagen der Eigenverbrauch vollständig von der EEG-Umlage befreit. Eine Umlagepflicht entsteht erst dann, wenn die Stromerzeugungsanlage grundlegend erneuert wird. Auch in diesem Fall bleibt die EEG-Umlage um 80 Prozent verringert.

Ende Juli 2016 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes in Kraft getreten. Bereits 2015 hat die Bundesregierung die Entscheidung für einen weiterentwickelten Strommarkt und gegen einen Kapazitätsmarkt getroffen. Die Versorgungssicherheit des weiterentwickelten Strommarktes soll durch drei verschiedene Reserven abgesichert werden: die Netzreserve, die Kapazitätsreserve und die Braunkohle-Reserve (Sicherheitsbereitschaft). Das Strommarktgesetz enthält wesentliche Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf vom November 2015:

- Die ÜNB dürfen nun selbst sog. „Netzstabilitätsanlagen“ errichten, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Netzes zu gewährleisten. Die Ermittlung des netztechnischen Bedarfs für diese Anlagen wird von den Übertragungsnetzbetreibern selbst vorgenommen und von der BNetzA bestätigt. Die Netzstabilitätsanlagen werden außerhalb des Marktes betrieben und sollen nach Wegfall des Bedarfs stillgelegt werden.
- Die ursprünglich vorgesehene Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte (vNNE) für dezentrale Erzeugungsanlagen wurde zugunsten einer grundlegenden Neustrukturierung der Netzentgelte gestrichen. Das BMWi legte im November 2016 einen ersten Referentenentwurf für ein Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NeMoG) vor. Dies sieht eine schrittweise Abschaffung der vNNE vor, so dass ab 2030 generell keine vNNE mehr gezahlt werden.
- Durch den neu eingefügten § 19 Abs. 4 StromNEV müssen die Netzbetreiber Letztverbrauchern, die Strom aus dem Netz ausschließlich zur Speicherung in einem Stromspeicher entnehmen und den zurückgewonnenen Strom anschließend wieder in das Netz einspeisen, ein individuelles Netzentgelt anbieten. Im Ergebnis sollen dadurch nur noch Netzentgelte für die anfallenden Speicherverluste – also die Differenz zwischen Entnahme und Rückspeisung – anfallen.
- Es wird eine Kapazitätsreserve eingeführt, die dann greift, wenn die Nachfrage an den Strommärkten nicht gedeckt werden kann. Die Kapazitätsreserve steht strikt außerhalb des Marktes, d. h. ihre Kapazitäten dürfen nicht am Strommarkt teilnehmen (Vermarktungsverbot) und nach der Reservedauer auch nicht an den Strommarkt zurückkehren (Rückkehrverbot). Die Bildung der Kapazitätsreserve erfolgt durch wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren der ÜNB. Einzelheiten soll die Kapazitätsreserveverordnung regeln.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) wurde mit nur leichten Anpassungen gegenüber dem Kabinettsentwurf vom November 2015 beschlossen. Von der Smart-Meter-Einbaupflicht durch die Netzbetreiber sind zunächst nur Letztverbraucher mit einem Jahresverbrauch über 10.000 kWh (ab 2017) bzw. 6.000 kWh (ab 2020) sowie ab 2017 Betreiber von EE- und KWK-Anlagen mit einer Größe über 7 kW betroffen. Auf der Erzeugerseite wurde der Anwendungsbereich gegenüber der Entwurfsfassung ausgeweitet: So ist die Leistungsuntergrenze für Kleinstanlagen nicht mehr zwingend 7 kW. Vielmehr können ab 2018 Betreiber von EE- und KWK-Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 kW zum Einbau von intelligenten Messsystemen verpflichtet werden. Es bleibt dabei, dass Haushalte mit einem geringeren Jahresverbrauch als 6.000 kWh ab 2020 vom Smart-Meter-Rollout betroffen sein können, wenn der Netzbetreiber entscheidet, sie mit intelligenten Messsystemen auszustatten. Auch gab es keine weitergehenden Änderungen im Hinblick auf die vielfach kritisch bewertete Übertragung der Datenhoheit und Bilanzierungszuständigkeit von den Verteilernetzbetreibern (VNB) auf die ÜNB. VNB mit mehr als 100.000 Anschlusskunden werden den ÜNB bei der Datenlieferung gleichgestellt und erhalten die Messwerte aus den intelligenten Messsystemen. VNB mit weniger Anschlusskunden müssen begründen, warum sie die Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben brauchen, um sie zu erhalten.

Die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist im September 2016 in Kraft getreten. Damit kann das Kernstück der Novelle, der jährliche Kapitalkostenabgleich für Verteilernetzbetreiber mit der dritten Regulierungsperiode, also ab dem 1. Januar 2018 im Gasbereich und ein Jahr später im Strombereich, angewendet werden. Mit der Neuregelung können Investitionen nunmehr ohne Zeitverzug über eine Anpassung der Erlösobergrenze refinanziert werden. Im Gegenzug führen Kostensenkungen unmittelbar zu einer Reduzierung der Erlösobergrenze. Gleichzeitig werden die bisherigen Instrumente der Anreizregulierung – Sockeleffekt, Erweiterungsfaktor und Investitionsbudget –

abgeschafft. Im Oktober 2016 hat die BNetzA eine deutliche Absenkung der Eigenkapitalverzinsung, die als Bestandteil der zulässigen Netzkosten in der Erlösbergrenze berücksichtigt wird, auf 6,91 Prozent bei neuen und auf 5,12 Prozent bei alten Energienetzanlagen ab der nächsten Regulierungsperiode beschlossen.

Ferner stimmte der Bundesrat im Oktober 2016 dem Gesetz zur Förderung der Elektromobilität zu. Durch zusätzliche Steuererleichterungen soll die Elektromobilität neben der im Mai gestarteten Kaufprämie einen weiteren An Schub erhalten. Die seit dem 1. Januar 2016 geltende fünfjährige Steuerbefreiung bei erstmaliger Zulassung von E-Autos wird auf zehn Jahre verlängert. Das Aufladen privater Elektro- oder Hybridfahrzeuge im Betrieb des Arbeitgebers, das bislang als so genannter geldwerter Vorteil versteuert werden musste, ist künftig steuerfrei. Zudem hat das Bundeskabinett im November 2016 den Nationalen Strategierahmen für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe beschlossen. Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur.

Im November 2016 einigten sich mehr als 190 Staaten in Marrakesch auf Details zur Umsetzung des Pariser Klimavertrags. Deutschland legte als erstes Land einen langfristigen Klimaschutzplan vor. Der Klimaschutzplan 2050 legt erstmals fest, wie viel klimaschädliche Treibhausgase einzelne Sektoren wie Landwirtschaft, Verkehr oder Energieerzeugung einsparen müssen, damit Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts annähernd klimaneutral wird. Bis 2030 soll eine Treibhausgasmindernng von mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden. Die Kohleverstromung soll bis 2030 im Vergleich zu 2014 um die Hälfte reduziert werden. Auf einen Zeitpunkt für den endgültigen Kohleausstieg hatte sich die Bundesregierung nicht verständigen können. Auch das im Entwurf vorgesehene Verbot von Heizsystemen auf Basis fossiler Brennstoffe bei Neuinstallationen ab 2030 wurde nicht in den Klimaschutzplan übernommen.

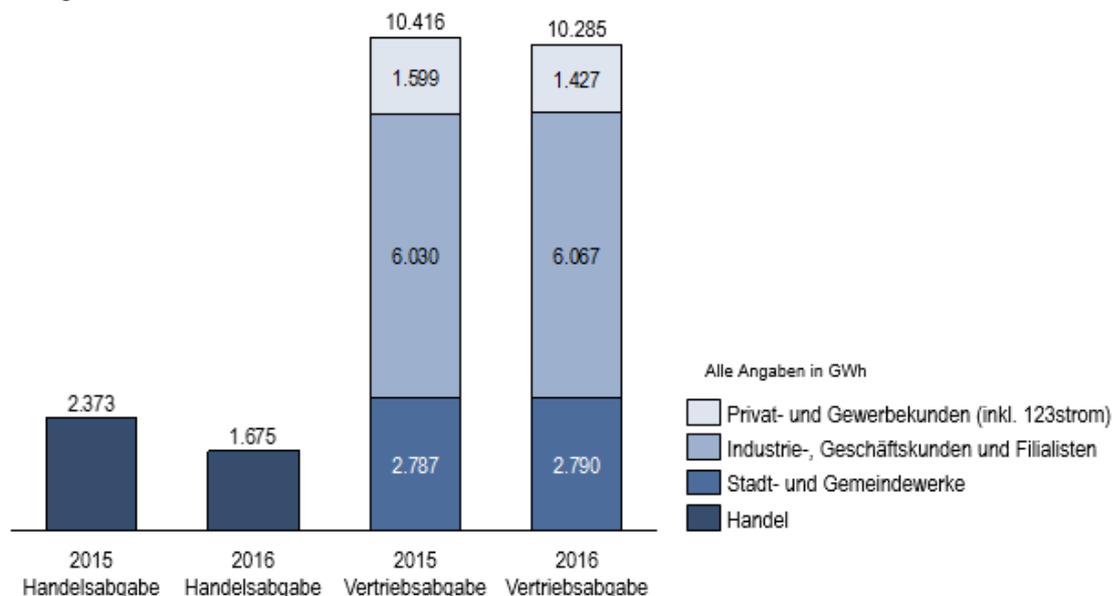
2.2. Geschäftsverlauf PFALZWERKE-Konzern

Zum PFALZWERKE-Konzern gehören derzeit insgesamt 36 Unternehmen, die mit ihren unterschiedlichen Strukturen und einem innovativen Leistungsangebot in ihren jeweiligen Geschäftsfeldern das Profil eines kundenfreundlichen Energieversorgers und -dienstleisters prägen und weiterentwickeln. Im Folgenden wird auf einige für dieses Geschäftsjahr wesentliche Entwicklungen einzelner Konzerngesellschaften eingegangen:

2.2.1. PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Insgesamt konnte sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich am Markt behaupten und zugleich die Kosten- und Organisationsstruktur des Unternehmens zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Stromgeschäft



Die Strompreise waren 2016 sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt deutlich volatiler als in den Vorjahren. Zu Beginn des Jahres war ein massiver Preisrückgang zu verzeichnen. Der Frontjahreskontrakt fiel von 28 auf 21 €/MWh, erholte sich aber bis Mitte des Jahres wieder auf 28 €/MWh. Grund waren die Vorgaben der Brennstoffmärkte. Die Öl- und Kohlepreise erreichten im Februar langjährige Tiefststände und konnten sich bis zu den Sommermonaten deutlich erholen. Im September und Oktober erfolgte eine nochmalige Preissteigerung. Dafür waren im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich. Erstens kam es zu einem starken Kohlepreisanstieg, weil China zu Beginn des Jahres die Kohleförderung gedrosselt hatte, die Lagerbestände rückläufig waren und sich in den wichtigsten Förderländern allmählich ein Investitionsstau in der Infrastruktur abzeichnete. Zweitens war die eingeschränkte Verfügbarkeit der Kernkraftwerke in Frankreich ausschlaggebend. Durch verlängerte Revisionen und Vorgaben seitens der französischen Atomaufsicht war dort die verfügbare Kapazität auf den tiefsten Stand seit über zehn Jahren gefallen. Die Spotpreise für Strom stiegen auf ein Niveau an, das zuletzt Ende 2013 erreicht worden war. Das Frontjahr kostete in der Spitze knapp 36 €/MWh. Zum Ende des Jahres bewegten sich die Terminpreise wieder deutlich nach unten. Zum einen blieb die Furcht vor einer Kältewelle bis auf weiteres unbegründet, und zum anderen entspannte sich die Situation in Frankreich. Dort konnten mehrere Reaktoren wieder den regulären Betrieb aufnehmen.

Die Entwicklung der Preise für europäische Emissionsrechte spielte nur eine untergeordnete Rolle für die Strompreisentwicklung. Der Markt war 2016 übersorgt, die politische Weichenstellung steht nach wie vor aus. Mit einem Preisniveau zwischen 4 und 8 €/t verfehlte der Markt weiterhin seine steuernde Wirkung.

Die **Handelsabgabe** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ging im Vergleich zum Vorjahr zurück, da zur allgemeinen Risikominimierung und zur Schonung der European Federation of Energy Traders (EFET)-Limite mit den Handelspartnern die Eigengeschäfte eingestellt wurden. Handelsgeschäfte wurden daher nur noch zur Beschaffungsoptimierung durchgeführt. Die **Vertriebsabgabe** Strom ist 2016 insgesamt ebenfalls gesunken.

Privat- und Gewerbekunden – 2016 standen den gesunkenen Großhandelspreisen am Strommarkt erneut höhere Umlagen gegenüber. Der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ist es in diesem Zusammenhang dennoch gelungen, die Preise in der Grundversorgung sowie bei den Sonderverträgen für Privat- und Gewerbekunden stabil zu halten.

Die letzte Preiserhöhung fand damit am 1. April 2013 statt. Dennoch war die Stromabgabe in diesem Kundensegment leicht rückläufig. Grund hierfür ist insbesondere die steigende Eigenversorgung der Kunden aus Photovoltaikanlagen sowie eine rückläufige Kundenanzahl aufgrund kontinuierlich steigender Wechselquoten. Um den Kundenbestand in diesem Segment möglichst stabil zu halten, wurden auch 2016 verschiedene Maßnahmen zur Kundenbindung und -akquise durchgeführt. Dazu gehörten insbesondere zielgruppenspezifische Mailings und Besuche vor Ort, bei denen Kunden proaktiv über Dienstleistungen wie dezentrale Versorgungslösungen und individuell zugeschnittene Strom-Sonderverträge informiert wurden. Als bedeutender Vertriebs Erfolg ist zu werten, dass rund 95 Prozent der auslaufenden Pfalzwerke-Öko-Verträge um weitere 12 Monate verlängert werden konnten.

1·2·3energie Strom – Für Kunden der Online-Marke 1·2·3energie konnten 2016 trotz der gestiegenen Umlagen ebenfalls die Preise stabil gehalten werden. Die Kundenanzahl erhöhte sich im Berichtsjahr erneut gegenüber dem Vorjahr. Ende 2016 belieferte 1·2·3energie rund 125.500 Stromkunden und somit 10.000 Stromkunden mehr als im Vorjahr. Auch gewann 1·2·3energie 2016 zum dritten Mal in Folge den deutschen Fairness-Preis in der Kategorie „Strom“ (bewertet wurden bundesweit Preis-Leistungs-Verhältnis, Zuverlässigkeit, Transparenz), erhielt die Focus-Auszeichnung „Kundenliebling 2016“ sowie viele weitere Auszeichnungen für Weiterempfehlungsquoten, gute Konditionen sowie die herausragende Servicequalität.

Erfreulich war zudem die erfolgreiche Teilnahme am Ausschreibungsverfahren um eine strategische Partnerschaft mit der Handelskette Aldi Süd, durch die ein neuer Vertriebsweg über den Einzelhandel erschlossen wurde. Vom 21. November 2016 bis 30. April 2017 ist mit ALDI Grünstrom erstmals ein Produkt von 1·2·3energie im gesamten Aldi Süd-Gebiet erhältlich. 1·2·3energie Strom ist 2006 im Markt eingeführt worden und hat sich zu einer der erfolgreichsten Marken entwickelt.

Industrie- und Geschäftskunden – Trotz des hohen Wettbewerbsdrucks im Energiemarkt konnten neue Industrie- und Geschäftskunden gewonnen und durch gezielte Kundenbindungsmaßnahmen frühzeitig Verträge verlängert werden. So wurde im Bereich der Filialisten ein Dreijahresstromliefervertrag mit einem „Pool-Anbieter“ geschlossen, der 1.600 Kunden beinhaltet. Das jährliche Volumen beträgt 50 GWh. Insgesamt wurden in der Vollversorgung Festpreisverträge in Höhe von 852 GWh für die Folgejahre abgeschlossen.

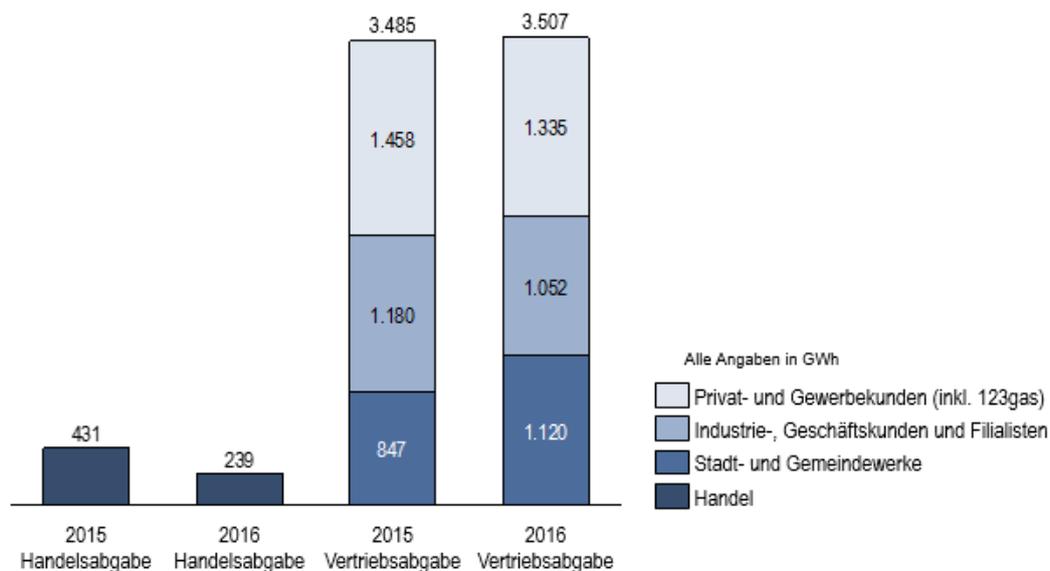
Im Portfoliomanagement (PFM)-Stromvertrieb erwiesen sich die vertrieblichen Rahmenbedingungen zunehmend als herausfordernd, was sich in einem deutlichen Druck auf die marktüblichen Dienstleistungsmargen auswirkte. Dennoch konnte im Industriekundensegment PFM-Key-Accounts der Vertrag mit einem Zementhersteller verlängert werden. Dieses Portfolio umfasst ein Absatzvolumen von ca. 900 GWh p. a. und wird für zwei weitere Jahre bis Ende 2017 bewirtschaftet. Neben der reinen Energielieferung werden im Rahmen des Vertrages auch diverse PFM-Dienstleistungen erbracht.

Kommunen – Im Jahr 2016 konnte die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ihre Stellung als Stromlieferant der überwiegend kommunalen Stadt- und Gemeindewerke ausbauen. So konnten für das Produkt „Daily Fix“ – ein Stromeinkaufsmodell, bei dem der Kunde ausschreibungsähnlich an der täglichen Entwicklung der Großhandelspreise partizipiert – einige neue kommunale Partner gewonnen werden. Darunter sind zum Beispiel für den Bereich der Straßenbeleuchtung die meisten Ortsgemeinden der Verbandsgemeinden Bellheim, Hagenbach, Landau-Land, Maikammer und Otterbach-Otterberg. Im Bereich der großen Sonderabnehmer mit registrierter Leistungsmessung haben sich die Verbandsgemeinden Bellheim, Hagenbach, Landau-Land, Wald Fischbach-Burgalben, Weilerbach, die VG-Werke

Landau-Land und Bellheim sowie die Zweckverbände Weihergruppe und Mittleres Glantal für diese neue Strombeschaffungskonzeption entschieden.

Insgesamt ist die **Vertriebsabgabe** Strom (10.285 GWh) um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auch deutschlandweit ist der Strommarkt geschrumpft. Nach Angaben von Agora Energiewende ging der Stromverbrauch in Deutschland 2016 um 0,4 Prozent zurück.

Gasgeschäft



Der Gasmarkt präsentierte sich 2016 relativ stabil. Die insgesamt gute Versorgungslage beim Gas in Europa dämpfte die Preisbewegungen im Vergleich zu Öl und Strom sehr deutlich. Das Frontjahr kostete im Tief im April 13 €/MWh und gegen Ende des Jahres 17,50 €/MWh. Der Spotmarkt pendelte lange zwischen 11 und 15 €/MWh. Mit Beginn des vierten Quartals und der Engpasssituation in Frankreich stieg er in den Bereich zwischen 16 und 19 €/MWh, da mehr Gas zur Verstromung eingesetzt wurde und die Zahl der profitablen Stunden für moderne Gaskraftwerke durch den Strompreisanstieg deutlich zugenommen hatte.

Die **Handelsabgabe** ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Es wurden hierbei nur solche Handelsgeschäfte durchgeführt, die der Beschaffungsoptimierung dienen. Die **Vertriebsabgabe** Gas konnte erfreulicherweise im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

1·2·3energie Gas – Während sich die Kundenanzahl der Online-Gas-Sparte 1·2·3energie in der ersten Jahreshälfte 2016 sehr erfreulich entwickelte, stagnierte der Kundenzuwachs in der darauffolgenden zweiten Jahreshälfte. Am Ende des Jahres lag die Kundenanzahl mit 60.000 ca. 2.000 Kunden über dem Vorjahresniveau.

Industrie- und Geschäftskunden – Im Segment der Industrie- und Geschäftskunden waren 2016 eine ganze Reihe von Vertriebsereignissen zu verbuchen. Mit Unternehmen aus der Wohnungswirtschaft konnte die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT Lieferverträge mit einem jährlichen Volumen in Höhe von knapp 110 GWh bis Ende 2020 abschließen. Im Bereich der Filialisten kamen weitere ca. 110 GWh p. a. für den Lieferzeitraum 2017 bis 2020 hinzu. Im PFM-Gasvertrieb erwiesen sich die vertrieblichen Rahmenbedingungen als sehr schwierig. Hier konnten wegen der aggressiven Preispolitik der Mitbewerber keine wesentlichen Neuverträge abgeschlossen werden.

Stadt- und Gemeindewerke – Im Segment Key-Accounts Weiterverteiler wurde u. a. ein Rahmenvertrag für die Belieferung von Erdgas mit einem baden-württembergischen Stadtwerk abgeschlossen.

Die **Vertriebsabgabe** Gas lag insgesamt trotz des intensiven Wettbewerbs und der schwierigen Marktlage mit 3.507 GWh um 0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau (3.485 GWh).

Energiedienstleistungen

Der Geschäftsbereich Energiedienstleistungen hat 2016 erneut mehrere Aufträge für die Planung, den Bau und den Betrieb von dezentralen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere Blockheizkraftwerken (BHKW), akquiriert und erfolgreich umgesetzt. So konnte er mit dem Angebot eines nachhaltigen Wärmeversorgungskonzepts für das Neubaugartier Uferstraße (Ilvesheim) überzeugen. Mit einem BHKW (20 kW_{el}) und einem Erdgas-Spitzenlastkessel (ca. 250 kW_{th}) werden die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf den Einsatz von Primärenergie deutlich unterschritten, und somit trägt das Konzept zum Klimaschutz und zur CO₂-Einsparung bei. Der Geschäftsbereich hat Planung, Bau und Betrieb der zentralen Heizungsanlage, des Nahwärmenetzes sowie der Unterstationen in den einzelnen Gebäuden für einen Zeitraum von 15 Jahren übernommen. Des Weiteren wurde ein neues BHKW am Kreiskrankenhaus Grünstadt errichtet, das die im Jahr 2003 ebenfalls von der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT erbaute erste Anlage dieser Art ersetzt und über einen höheren elektrischen Wirkungsgrad verfügt. Auch hier übernimmt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Betriebsführung der Anlage.

Außerdem hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT Planung, Errichtung und technische Betriebsführung eines Eigenenergieversorgungsprojektes für die FFR GmbH übernommen. In unmittelbarer Nähe zu einer militärischen Einrichtung wird ein dreimoduliges BHKW mit einer Gesamtleistung von 13,5 MW_{el} und 12,9 MW_{th} errichtet. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz der Pfalzwerke Netz AG, die erzeugte Wärme in das Fernwärmenetz der militärischen Einrichtung eingespeist und an diese verkauft. Die Genehmigung zum Bau und Betrieb der BHKW-Anlage erfolgte zum Jahresende 2016, so dass die Anlage noch unter die Regelung des KWKG 2012 fällt und deshalb nicht zwingend am Ausschreibungsverfahren teilnehmen muss. Der Bau erfolgt in 2017 mit einer geplanten Inbetriebnahme Anfang 2018.

Daneben wurden zahlreiche Aktivitäten im Bereich Planung und Umsetzung energetischer Modernisierungsmaßnahmen im Gebäudebestand durchgeführt. Für die Wärmeservice Zweibrücken GmbH plante die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die energetische Modernisierung von vier städtischen Schulgebäuden, die mit BHKWs ausgestattet werden sollen. Mit einem Kooperationspartner aus dem Bereich Gebäudetechnik in Ludwigshafen führte sie eine Energieeffizienzanalyse für vier kommunale Liegenschaften der Verbandsgemeinde Jockgrim durch. Ziel war eine ganzheitliche Analyse der Gebäude- und Anlagentechnik, um Schwachstellen aufzudecken und Effizienzpotentiale zu erschließen. Für die betrachteten Liegenschaften wurde ein Sanierungsfahrplan erstellt und durch die kommunalen Gremien beschlossen. Die daraus resultierenden Maßnahmen werden zeitnah umgesetzt. Zudem erhielt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT den Zuschlag für die Komplettmodernisierung der technischen Anlagen einer Wohnanlage mit 77 Wohneinheiten im baden-württembergischen Ditzingen. Neben einer Erneuerung der bisherigen Ölkessel durch moderne Brennwertkessel umfasst das Konzept die Herstellung eines Erdgasanschlusses sowie die Installation eines Blockheizkraftwerkes (50 kW_{el}, 100 kW_{th}). Die Gemeinde Haßloch erteilte der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT den Auftrag zur Konzeption einer Heizungsanlage, die im geplanten Nahwärmeverbund für zwei kommunale Liegenschaften eingesetzt werden soll.

Nach erfolgreichem Bau in 2016 wurde die Kälteversorgung für den Pfalzbau der Stadt Ludwigshafen offiziell am 8. November 2016 in Betrieb genommen. Das innovative Kälteversorgungskonzept besteht aus zwei Flüssigkeitskühlern mit einer Kälteleistung von je 250 kW. Neben der Finanzierung, der Planung und dem Bau übernimmt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT künftig den Betrieb und die Wartung der neuen Anlage für 15 Jahre.

Anlässlich der Novellierung des KWKG und der Umstellung der KWK-Förderung auf das Ausschreibungsmodell wurde eine neue Online-Strategie umgesetzt. Mit dem Online-Rechner „KWK“ können bundesweit Kunden unterschiedlicher Branchen wie Gewerbe oder Wohnungswirtschaft mit wenigen Eingabeparametern ihr individuelles Einsparpotential beim Einsatz eines BHKW ermitteln.

Im Geschäftsfeld Baulanderschließung hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2016 neue Aufträge akquirieren und mehrere Erschließungsmaßnahmen erfolgreich abschließen können. So wurde mit der Erschließung des rund 4.470 Quadratmeter großen Neubaugebietes „Am alten Dreschplatz“ im Auftrag der Gemeinde Hochstadt, gemeinsam mit der VR Baulandentwicklungsgesellschaft Südpfalz, im vierten Quartal 2016 begonnen. Das Neubaugebiet „Im Dorf“ in Landau-Queichheim wird durch die Pfalzwerke Infrastruktur GmbH gemeinsam mit der VR Baulandentwicklungsgesellschaft Südpfalz erschlossen werden. Außerdem hat sich die Pfalzwerke Infrastruktur GmbH im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens für die Erschließung des Neubaugebietes „In den dreißig Morgen“ in Dudenhofen beworben. Über die Vergabe wird der Gemeinderat voraussichtlich 2017 entscheiden. Das Baugebiet hat eine Größe von rund 3 Hektar Baufläche und bietet Platz für ca. 66 Baugrundstücke.

Im dritten Quartal erfolgte zudem der Spatenstich für das Baugebiet „Junkergewanne“ in Altrip. Hier werden auf einer Gesamtfläche von 2,6 Hektar 31 Grundstücke in einer Größe von jeweils rund 500 Quadratmetern entstehen. Auch für das Wohnbaugebiet „Wickengärten“ in Niederrotterbach wurde gemeinsam mit der VR Baulandentwicklungsgesellschaft Südpfalz der erste Spatenstich vorgenommen. Hier werden voraussichtlich zehn Bauplätze zur Verfügung stehen, die ebenfalls eine mittlere Größe von ca. 500 Quadratmetern haben. Mit der Erschließung des Baugebietes „Im Brübel“ in Bockenheim wurde Ende 2016 begonnen. Nach der Vollendung im Sommer 2017 werden den Grundstückseigentümern 34 Bauplätze zur Verfügung stehen. Auch für das Baugebiet „Oberfeld“ in Böhl-Iggelheim fanden in 2016 die ersten Arbeiten statt. Hier werden 80 Bauplätze mit einer Größe von jeweils 450 Quadratmetern erschlossen.

Im Bereich der Infrastruktur für Elektromobilität waren in 2016 verstärkte Anfragen aus dem kommunalen und gewerblichen Bereich zu verzeichnen. Die Nachfrage nach Ladesäulen für Elektrofahrzeuge steigt derzeit deutlich an, sowohl für Wallboxen, Gleichstrom-Schnellladesäulen als auch Wechselstrom-Ladesäulen. So hat unter anderem der Landkreis Kusel die Errichtung und Betriebsführung von neun Schnellladesäulen öffentlich ausgeschrieben. Hier hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT den Zuschlag erhalten. Die Produkte in diesem Geschäftsfeld entwickelt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Förderprogramms für Ladeinfrastruktur.

Im Bereich Projektierung und Betrieb von Windkraftanlagen konnten 2016 zwei wichtige Projekte realisiert werden. Im Januar ging die Windkraftanlage der NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH in Betrieb, die in enger Abstimmung mit der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT geplant und projektiert worden war. Im Mai hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Genehmigung für die Errichtung von zwei Windkraftanlagen in Kindenheim erhalten, die sie Ende 2016 fertigstellte. Der Anschluss an das öffentliche Versorgungsnetz sowie der 300h-Probebetrieb erfolgten im Januar 2017. Der Windpark wird an die Betreibergesellschaft Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG veräußert, welche die Windkraftanlagen über die Nutzungsdauer von 20 Jahren betreiben wird. Ende Dezember wurden

die Genehmigungen nach BImSchG für die Windparks auf dem Bendelberg und in Rüssingen erteilt, somit können diese als Übergangsanlagen nach den Regelungen des EEG 2014 realisiert werden. Diese beiden Windparks sollen in 2017 errichtet und in Projektgesellschaften veräußert werden. Die technische Betriebsführung soll durch die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT übernommen werden.

Den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Windprojektierungsgeschäft hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zudem durch den Verkauf der Geschäftsanteile an der Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH zum 1. Januar 2016 Rechnung getragen.

Die Kraft Wärme Wörth GmbH und die Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH wurden mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verschmolzen, um Synergien in der Betriebsführung zu nutzen. Aufgrund der Verschmelzung der Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 4,0 Millionen Euro.

Technologie und Innovation

Als Energiekonzern ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT in einem Umfeld tätig, das sich technologisch äußerst dynamisch entwickelt und insbesondere im Hinblick auf die Energiewende vielfältige Herausforderungen mit sich bringt. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT pflegt eine ausgeprägte Innovationskultur und gestaltet die Energiewende aktiv mit. In Kooperation mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft werden innovative Lösungen in den Bereichen Netzausbau und Integration regenerativer Energieerzeugungsanlagen erarbeitet und in der Praxis getestet. Die Ergebnisse dieses Forschungs- und Entwicklungsprozesses fließen in die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle und Produkte, die nachhaltig zum Unternehmenserfolg beitragen. Im Folgenden werden drei ausgewählte Projekte vorgestellt:

CellStore

Das Forschungsprojekt CellStore (Cellular Storage) hat 2016 im Rahmen einer Diplomarbeit an der TU Kaiserslautern Lösungsansätze für die zelluläre Struktur zukünftiger Energieversorgungsnetze am Beispiel des Ortsnetzes Landstuhl untersucht. Dabei wurden Flexibilitätsoptionen in einer Ortsnetzzelle durch den Einsatz eines Batteriespeichers genauso erforscht wie die Einsatzmöglichkeiten größerer Speicher in der Industrie im Zusammenspiel mit großen Solarparks. An dem Projekt waren die Pfalzsolar GmbH und die Pfalzwerke Netz AG wesentlich beteiligt.

Im Rahmen der Netzverträglichkeit wurde aufgezeigt, dass Speichersysteme alleine durch ihren Einsatz heute wirtschaftlich noch nicht in der Lage sind, das Netz bezogen auf die Leistungsspitzen zuverlässig und in jedem Fall zu entlasten. Genaue Prognosen der Photovoltaik-Einspeisungen sind hier ein wesentlicher Schlüssel zum Einsatz von Energiespeichern in einem Smart Grid. Für Industriebetriebe, die auch nachts einen wesentlichen Energiebedarf haben, kann die Kombination von PV-Anlage und Speichern bei richtiger Dimensionierung jedoch ein erfolgreiches Geschäftsmodell werden.

SINTEG / Designetz / SESAM

Nach jahrelanger Vorarbeit startete am 1. Januar 2017 das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit rund 30 Millionen Euro geförderte Verbundprojekt „Designetz“. Der offizielle Förderbescheid ging der PFALZ-

WERKE AKTIENGESELLSCHAFT als Teil eines Konsortiums aus 46 renommierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Dezember 2016 zu. Mit Designetz wollen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland demonstrieren, wie Solarenergie und Windkraft für die Versorgung von urbanen und industriellen Verbrauchern genutzt werden kann. Es handelt sich dabei um eine von fünf Modellregionen, die für das bundesweite Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) ausgewählt wurden, in dessen Zentrum die intelligente Vernetzung von Erzeugung und Verbrauch durch Einsatz innovativer Netztechnologien und -betriebskonzepte steht und welches das BMWi in den nächsten vier Jahren mit insgesamt über 200 Millionen Euro fördert.

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT übernimmt ihren Part im Teilprojekt „SESAM - Sustainable Energy Supply for Agricultural Machinery“ zusammen mit dem Konsortialführer John Deere, der Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung-Hofgut Neumühle und anderen Industriepartnern. In diesem Projekt wird ein vollelektrischer Traktor, dessen Batterie sich aus dem Strom einer auf dem Dach des Hofguts installierten Photovoltaikanlage speist, im landwirtschaftlichen Betrieb getestet. Durch die Speicherung des Solarstroms in der Traktorbatterie, den Einsatz von SmartGrid und die Ausnutzung zeitvariabler Tarife wird der Eigenverbrauchsanteil erhöht, die Energiekosten werden minimiert, und gleichzeitig wird netzdienliches Verhalten erzeugt. Die Farm wird zu einem teilautonomen System, das auf fossile Brennstoffe weitgehend verzichten kann.

VIP-Projekt mit der Hochschule Mannheim

Seit Oktober 2016 untersucht die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT in einem gemeinsamen Projekt mit der Hochschule Mannheim innovative Lösungen für die Bedienung der personalisierten Strom- und Dienstleistungsnachfrageentwicklung am Beispiel der Elektromobilität. Im Austausch mit Studierenden des Fachbereichs Wirtschaftsingenieurwesen in den Vertiefungen Technisches Produktmanagement und Energietechnik und -management werden die Struktur und Entwicklung von Angebot und Nachfrage im Bereich der Stromversorgung von Mobilitätsprodukten analysiert. Auch die sich derzeit entwickelnden Plattformen, auf denen Angebot und Nachfrage verknüpft werden (Stichwort „Blockchain“), sind Gegenstand der Untersuchung. Zudem werden erfolgversprechende, bereits existierende Geschäftsmodelle genauer detailliert analysiert. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verfolgt hierbei das Ziel, konkrete Lösungsangebote zu kreieren, mit denen sie auf dem sich entwickelnden Markt für Elektromobilität langfristig erfolgreich partizipieren kann.

2.2.2. Pfalzwerke Netz AG

Die Pfalzwerke Netz AG befindet sich 2016 im dritten Jahr der zweiten Regulierungsperiode, welche sich über den Zeitraum von 2014 bis 2018 erstreckt. Im Rahmen der Anreizregulierung hat die BNetzA die zulässigen Erlöse aus Netznutzung, Messung, Messstellenbetrieb und Abrechnung vorab festgelegt; jährliche Anpassungen sind nur bei Änderung bestimmter, vom Netzbetreiber nicht beeinflussbarer Kosten möglich. Die Preise für Messstellenbetrieb und Abrechnung wurden leicht angehoben, ebenso die Preise für Netznutzung im Bereich der RLM-Kunden. Einen wesentlichen Faktor für die Erhöhung der Netzentgelte stellt hierbei der Aufwand für den vorgelagerten Netzbetreiber, im Falle der Pfalzwerke Netz AG insbesondere die Amprion GmbH, dar.

Die im Netzgebiet der Pfalzwerke Netz AG durchgeleitete Strommenge belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 7,2 TWh. Im Vergleich zum Vorjahr (7,0 TWh) bewegt sich die durchgeleitete Menge auf einem stabilen, wenig volatilen Niveau.

Durch den Anschluss einer immer größeren Zahl von Photovoltaik-, Windkraft- oder auch Biogasanlagen wird das Netz der Pfalzwerke Netz AG vor immer größere Herausforderungen gestellt. Zum Jahresende waren rund 21.900 Photovoltaikanlagen, 250 Windenergieanlagen, 48 Wasserkraftanlagen sowie 40 Biomasseanlagen an das Netz der Pfalzwerke Netz AG angeschlossen. Diese verfügen über eine installierte Leistung von insgesamt über 950 MW.

Die steigende Auslastung der Verteilnetze infolge der weiter wachsenden installierten Leistung von Erzeugungsanlagen macht neben dem reinen Substanzerhalt auch die Netzerweiterung sowie Investitionen in verbesserte Verfahren zur Netzsteuerung erforderlich. Im Geschäftsjahr 2016 wurde im 110kV-Netz neben der Reinvestition der Anlagen UW-Herbitzheim, UW-Otterbach und UW-Grünstadt mit der Umsetzung erweiterter Konzepte zur Erhöhung der Ausfallsicherheit bei Netzstörungen begonnen. Für den überregionalen Leistungstransport besonders wichtige Knotenanlagen werden dazu mit einem Sammelschienenschutz ausgestattet.

Zwischen Homburg und St. Ingbert (UW-Homburg - UW-Rohrbach) erfolgte die Erneuerung von 110kV-Masten. Die Maßnahme musste zum Teil in schwierig zugänglichem und unter Naturschutz stehendem Gebiet durchgeführt werden. Zur Gewährleistung höchstmöglicher Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Minimierung des Eingriffs in geschützte Ökosysteme wurde während der Baumaßnahme ein provisorischer Anschluss eines 110kV-Teilnetzes an eine benachbarte Netzgruppe vorgenommen. Hierdurch konnte sowohl ein kosten- und risikooptimierter Umbau realisiert werden, als auch die Erprobung von Verfahren erfolgen, die auch bei Großstörungen durch Naturkatastrophen angewendet werden können.

Im Jahr 2016 begann zudem die Implementierung einer zentralen Online-Planauskunft durch die Gruppe Geoinformationssysteme (GIS), welche die bisherige dezentrale manuelle Planauskunft für Baufirmen, Kunden und sonstige anfragende Institutionen ablöst. Die Online-Planauskunft befindet sich im ersten Testabschnitt. Der geplante GO Live Termin ist im April 2017.

Um die Kommunikationsfähigkeit der Mitarbeiter in Extremsituationen sicherzustellen, wurde das bisher analog betriebene Betriebsfunknetz der Pfalzwerke Netz AG auf ein digitales System umgestellt. Bei dieser Umstellung sind neben Verbesserungen der Reichweite und Verbindungsqualität auch Belange des Datenschutzes eingeflossen.

Um den steigenden Anforderungen im Bereich der Netzsteuerung auch zukünftig gerecht werden zu können, wurde das Netzleitsystem aktualisiert. Verwendet wird ein System modernster Generation, das auch zur Steuerung im Übertragungsnetz zum Einsatz kommt. Bei der Erneuerung wurden zudem weitere, zum Teil sehr aufwendige Schutzmaßnahmen im Bereich der IT-Sicherheit implementiert. In diesem Zusammenhang wurde auch mit den Vorbereitungen zur gesetzlich geforderten Zertifizierung des Informationssicherheitsmanagements (ISMS) begonnen. Der Abschluss und die Zertifizierung sind für das vierte Quartal 2017 vorgesehen. Parallel zur Aktualisierung des Leitsystems wurde das Weitverkehrsnetz der Pfalzwerke Netz AG einer Neukonzeption unterworfen, die neben der Leistungssteigerung die weitere Absicherung des Netzes gegen Cyber-Angriffe zum Ziel hat.

2.2.3. PFALZSOLAR GmbH

Auch im Jahr 2016 gab es Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im deutschen Photovoltaikmarkt. So wurde die Pflichtgrenze für die Direktvermarktung auf 100 kWp gesenkt. Dies führte zu weiteren Unsicherheiten am Markt. Gemäß der Freiflächenausschreibungsverordnung hat die BNetzA 2016 in drei Ausschreibungsrunden insgesamt 410 MWp an Photovoltaikleistung für Freiflächensolaranlagen ausgeschrieben. Dabei konnte die PFALZSOLAR GmbH mit dem Solarpark Schiersfeld erfolgreich einen Zuschlag sichern und das Projekt zum Jahresende realisieren.

Allerdings bleibt die bundesweite Realisierungsquote bei Ausschreibungsprojekten bisher weiterhin gering. Insgesamt hat die PFALZSOLAR GmbH 2016 in Deutschland Turn-Key-Projekte mit einem Volumen von mehr als 18 MWp realisiert. Errichtet wurden unter anderem die Großprojekte „Solarpark Bad Salzungen“, „Horka“ und „Solarpark Schiersfeld“.

Die 2014 gestarteten Geschäftsfelder „Privat- und Gewerbekunden“ sowie „Turn-Key Ausland“ konnten den positiven Trend des vergangenen Geschäftsjahres fortsetzen. In Großbritannien wurden im Rahmen der Turn-Key-Aktivitäten und den Beauftragungen als Generalunternehmer insgesamt sechs Projekte mit einer Leistung von annähernd 28 MWp errichtet. Die Projekte „Derwen“ und „Sutor“ wurden nach erfolgreicher Inbetriebnahme an einen international agierenden Investor im Bereich der Erneuerbaren Energien veräußert. Mit den Projekten „Ernesettle Lane“ und „Gawcott Fields Farm“ konnte die PFALZSOLAR GmbH als Generalunternehmer das bereits in Deutschland erworbene Know-How im Bereich der kommunalen Projekte erfolgreich auf Großbritannien übertragen.

Im Bereich Privat- und Gewerbekunden wurden mehr als 2 MWp PV-Leistung, verteilt auf einige hundert PV-Anlagen, abgesetzt. Beachtenswert ist dabei, dass sich ein Drittel der Kunden zusätzlich für die Installation eines Batteriespeichers entschieden hat. Der Geschäftsbereich Technische Betriebsführung konnte ebenfalls weitere Zuwächse verzeichnen. Hier ist es gelungen, langfristige Betriebsführungsverträge mit einer Leistung von rund 42 MWp abzuschließen. Zum Jahresende betreute die PFALZSOLAR GmbH damit ein Anlagenportfolio von mehr als 150 MWp.

Zusätzlich hat die Gesellschaft im Laufe des Jahres den Eintritt in den US-amerikanischen Markt der Projektierung von Solarparks gestartet. Hierfür wurde eine Tochtergesellschaft in den USA gegründet. Zudem plant die PFALZSOLAR GmbH den Eintritt in weitere europäische Märkte, wobei auch hier Generalunternehmerleistungen im Fokus stehen.

2.2.4. PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH und MANet GmbH (PFALZKOM | MANET)

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte sich die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH in einem nach wie vor schwierigen und zunehmend dynamischeren Marktumfeld erfolgreich weiterentwickeln. Ein Tätigkeitsschwerpunkt lag auch 2016 in der kontinuierlichen Erweiterung der Netzinfrastruktur, denn die Sicherheit und Verfügbarkeit überlassener Daten genießt unverändert höchste Priorität. Hier hat die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH den Anspruch, durch permanente Überprüfung der Standards für die Kunden der erste Ansprechpartner in der Region zu sein. Neben der Erweiterung hinsichtlich der Flächenabdeckung stehen kontinuierliche Anpassungen der Leistungsfähigkeit an die stetig steigenden Bandbreite- und Verfügbarkeitsanforderungen im Vordergrund.

Der Ausbau der Rechenzentrumssparte ist 2016 vorangeschritten. Mit dem Datacenter Rhein-Neckar II erweitert die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH ihre Flächenkapazität auf insgesamt ca. 3.040 m² bei weiter verbesserter Energieeffizienz. Zur Gewährleistung höchster Standards wurde der TÜV Saarland mit einer baubegleitenden Zertifizierung beauftragt. Das neue Datacenter wird den Kunden ab März 2017 zur Verfügung stehen.

Das Angebot zur Abbildung komplexer, hochverfügbarer und hinsichtlich Datenschutz sicherer IT-Infrastruktur wurde weiter ausgebaut. Der Einsatz modernster Technologien und Konzepte steht dabei stets im Fokus. Mit dem Ausbau der Beratungsleistung wurde dem Wunsch der Kunden nach einer kompetenten Begleitung beim Umbau ihrer IT-Landschaft als Grundlage der digitalen Transformation nachgekommen.

In diesem Kontext stehen auch die Bemühungen, die internen Prozesse effizient und marktkonform zu gestalten. Im Juni wurde daher durch den TÜV Südwest das dritte Überwachungsaudit zur ISO /IEC 27001:2013 sowie das zweite Wiederholungsaudit (Re-Zertifizierung) zur ISO 9001 nach der neuen Norm 2015 durchgeführt. Wie bereits im letzten Jahr wurden sowohl das Qualitätsmanagementsystem (ISO 9001) als auch das IT Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001) von PfalzKom | MAnet in einem gemeinsamen Audit erfolgreich geprüft.

Zur Abrundung des bestehenden Produktportfolios wird u. a. auf ein verstärktes Partnering-Konzept mit renommierten Systemhäusern aus der Region gesetzt. Insbesondere gilt dies in der Zusammenarbeit mit der Network Engineering GmbH, Speyer, an der die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH sich zu Jahresbeginn mit 25,3 Prozent beteiligen konnte. Mit der Network Engineering GmbH als verlässlichem und kompetentem Partner im Bereich der IT-Sicherheit werden somit die bestehenden Managed Services als rechenzentrumsnahe Dienstleistungen abgerundet.

2016 wurden ein nachhaltiges Wachstum generiert sowie zukunftsorientierte Investitionen angestoßen. Aus einer Position der Stärke heraus möchte sich die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH für die nächsten Jahre auf die Herausforderungen im ITK-Markt, wie steigende Anforderungen an (konvergente) Services, neue Schlüsseltechnologien (Bsp. Cloud Services, Security, Big Data, All-IP etc.) und zunehmende Digitalisierung der Geschäftsmodelle der Kunden, einstellen. Daher hat sie ihr Geschäftsmodell und die Geschäftsfelder für einen auch zukünftigen und nachhaltigen Erfolg ausgerichtet. Kern ist eine konsequente Orientierung an den spezifischen Kundenanforderungen und serviceorientierten Prozessen.

2.2.5. REPA GmbH

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die REPA GmbH Elektrotechnik die positive Entwicklung im Drittmarkt weiter fortsetzen. Im Mai wurde in Frankenthal eine Niederlassung eröffnet, um Kundenpotenziale in der Metropolregion Rhein-Neckar sowie in den Bereichen Rheinhessen und Südhessen erschließen zu können. Die Nachfrage nach qualifizierten Servicefirmen für Energieversorger ist unverändert hoch, gleichzeitig steigen jedoch die Gestehungskosten durch höhere Aufwände für Tiefbauleistungen und Leasingkräfte, die projektbezogen zugekauft werden müssen. Durch diese Entwicklung ist der Kostendruck bei Projekten unverändert hoch. Diese Kosten haben im Geschäftsjahr 2016 zu einer hohen Ergebnisbelastung geführt, das Jahresergebnis fiel erneut negativ aus. Zukünftig soll der Ausbau des Geschäftsfeldes für Dienstleistungen für Industrie- und Gewerbekunden weiter vorangetrieben werden, was durch eine gegenwärtig ebenfalls hohe Nachfrage begünstigt wird. Der Auftrag zur elektrotechnischen Ausstattung des Rechenzentrums Datacenter Rein Neckar II der PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH, bei dem die REPA GmbH sich gegen Mitbewerber durchsetzen konnte, stellt für die Entwicklung dieses Geschäftsfeld einen wichtigen Meilenstein dar. Dieses Projekt ist eine wertvolle Referenz für zukünftige Aufträge aus diesem Segment, die insgesamt dazu beitragen sollen, künftig wieder positive Ergebnisbeiträge erwirtschaften zu können.

2.2.6. Pfalzwerke geofuture GmbH

Das Geschäftsjahr 2016 der Pfalzwerke geofuture GmbH war wie das Jahr zuvor durch einen überwiegend stabilen Betrieb des Geothermiekraftwerks in Insheim gekennzeichnet. Die Verfügbarkeit der Anlage wurde mit 8.338 Betriebsstunden gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert und erreichte eine Auslastung von 95 Prozent. Hierbei lag die Thermalwasserfließrate bei maximal 69 l/s. Grund ist die Verschiebung der geplanten Verbesserungsmaßnahmen in die nächsten beiden Jahre. Kurze Betriebsunterbrechungen für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten im April wurden in der ersten Jahreshälfte terminlich eingeplant und unter Soll ausgeführt.

Die bergrechtliche Genehmigung zur Gewinnung des Thermalwassers hat weiterhin Bestandskraft bis zum Jahr 2037. Da der erste Hauptbetriebsplan im März 2017 ausläuft, wurde die Genehmigung eines neuen Hauptbetriebsplanes mit fünfjähriger Laufzeit ab Zulassungszeitpunkt beantragt.

2.2.7. Pfalzgas GmbH

Die Neukundenakquisition der Pfalzgas GmbH im Substitutionswettbewerb des Wärmemarktes war mit 1.028 neuen Kunden auch 2016 insgesamt erfolgreich. Die Anzahl der Umstellungen von einer anderen Energieart auf Erdgas lag mit 579 Kunden etwas unter dem Vorjahr, was im Wesentlichen auf den Preiseinbruch beim Heizöl zurückzuführen sein dürfte. Im Neubaubereich war die Anzahl neuer Kunden mit 449 allerdings sogar höher als im Vorjahr.

Der Wettbewerb im Energiemarkt wurde 2016 nochmals dynamischer. So hat sich die Wechselquote im Gas-zu-Gas-Wettbewerb trotz wettbewerbsfähiger Preisgestaltung zum Ende des Berichtsjahres auf 21 Prozent erhöht. Die Pfalzgas GmbH selbst belieferte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 3.296 Kunden außerhalb des eigenen Netzgebiets.

Wie in den Vorjahren konnte sich die Pfalzgas GmbH auch 2016 im weiterhin intensiven regionalen Konzessionswettbewerb, insbesondere mit Stadtwerken, erfolgreich behaupten und bei den aktuell noch offen Verträgen durch 5 Neuabschlüsse mit Ortsgemeinden die eigene Wettbewerbsposition als kommunalfreundlicher, effizienter und kompetenter Netzbetreiber festigen.

Der Gasabsatz der Pfalzgas GmbH lag im Geschäftsjahr 2016 mit insgesamt 2.376,8 GWh im Wesentlichen temperaturbedingt über dem Vorjahr.

2.2.8. VOLTARIS GmbH

Das Bestandsgeschäft der VOLTARIS GmbH in den Geschäftsbereichen Zähler- und Energiedatendienstleistungen entwickelte sich 2016 stabil. Im Bereich des Energiedatenmanagements gab es sowohl im Strom- als auch im Gassegment eine Reihe von Projekten. Hier ist beispielsweise die Umsetzung eines neuen Verfahrens für die Mehr-/Minderungenabrechnung zu nennen. Ein besonderer Schwerpunkt in der Kooperation mit der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT war das gemeinsame Umsetzungsprojekt der neuen Systemlandschaft für das Vertriebs-EDM auf Basis eines eSales-Systems.

Die beiden Prüfstellen in der Trägerschaft der VOLTARIS GmbH wurden 2016 erneut staatlich anerkannt. Die Notwendigkeit der Neuankennung ergab sich aus dem neuen Mess- und Eichgesetz. Die Prüfstelle in Maxdorf (ERP 3) wurde als erste Prüfstelle in Rheinland-Pfalz erneut anerkannt. Die Prüfstelle in Merzig (ESL 3) ist die einzige Prüfstelle für Messgeräte für Elektrizität im Saarland.

Wesentlich für die zukünftige Entwicklung der VOLTARIS GmbH ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, welches den zum 1. Januar 2017 formal gestarteten Smart-Meter-Rollout regelt. Bis zum Jahr 2032 müssen flächendeckend bei allen Kunden moderne Messeinrichtungen bzw. bei den größeren Kunden intelligente Messsysteme (iMSys) eingebaut werden. Die neuen iMSys müssen höchste Ansprüche an den Datenschutz und die Datensicherheit, u. a. die Mindestanforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), erfüllen. VOLTARIS GmbH wird im Umfeld des neuen Gesetzes als Fullservice-Dienstleister tätig werden und neben den Unternehmen des Pfalzwerke-Konzerns auch etliche Stadtwerke mit Dienstleistungen unterstützen. Dazu ist es erforderlich, die neue

Aufgabe der Gatewayadministration umzusetzen. Weiterhin ist eine umfangreiche Anpassung und Investition im Bereich der Systeme und Prozesse erforderlich – u. a. im Bereich Geräteverwaltung, Workforcemangement und MDM-Systeme für die Marktteilnehmer.

Im Bereich Forschung wird das laufende Projekt „PolyEnergyNet“ fortgesetzt, das seit September 2014 läuft und in welchem die VOLTARIS GmbH erstmalig die neuen iMSys einschließlich der Steuerfunktionalitäten für Einspeisemangement und Flexibilitäten einsetzt. Außerdem ist die VOLTARIS GmbH wichtiger Partner im BMWi-Verbundprojekt „Designetz“, das 2016 die Förderzusage erhalten hat. Hier wird die VOLTARIS GmbH u. a. für den Einsatz der iMSys mit Steuerfunktion verantwortlich zeichnen. Nach aktueller Planung werden die iMSys sowohl im Demonstrator „Sesam-Farm“ als auch im saarländischen Demonstrator „EMIL“ (Energienetze mit innovationen Lösungen) zum Einsatz kommen.

2.2.9. prego services GmbH

Im Jahr 2016 setzte der energiewirtschaftliche Shared-Services-Dienstleister prego services GmbH die im Vorjahr eingeschlagene positive Entwicklung weiter fort und konnte in diesem Zuge den Drittmarktanteil gemessen am Gesamtumsatz insbesondere durch Akquirierung von Neukunden abermals steigern. Auf dieser Basis soll im laufenden Jahr die Bekanntheit der Marke prego services gesteigert und der vertriebliche Fokus weiter auf den Ausbau des Drittmarktgeschäftes in den Branchen Energie und Versorgung, Gesundheit sowie Öffentlicher Dienst gelegt werden. Neben den etablierten Dienstleistungen Business-Process-Outsourcing (BPO) und IT setzt die prego services GmbH auch auf den Ausbau des Consultings und bietet darüber hinaus Lösungen zu den aktuellen Mega-Trends Digitalisierung, Big Data, IT-Sicherheit, Industrie 4.0 und Cloud an.

Innerhalb des Pfalzwerke-Konzerns war die prego services GmbH auch 2016 neben dem vertraglich vereinbarten Dienstleistungsgeschäft über das gesamte Leistungsportfolio in mehreren Projekten, vor allem im Bereich der energiewirtschaftlichen Services, im Consulting, der Implementierungsberatung und der Systementwicklung tätig.

2.3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Pfalzwerke-Konzerns im Geschäftsjahr 2016 wird anhand nachfolgender Erläuterungen sowie der untenstehenden ausgewählten Kennzahlen der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Vorjahr¹⁾ erläutert:

¹⁾ Sowohl für das Berichtsjahr und als auch das Vorjahr wurden erstmalig die geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG, s. Anhang, Allgemeine Angaben) angewendet. Daher stimmen die hier ausgewiesenen Vorjahreswerte zum Teil nicht mit den im Konzernlagebericht 2015 angegebenen Werten überein.

Angaben in Tausend Euro	2016	2015
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)	1.455.542	1.578.895
Gesamtleistung	1.479.413	1.574.092
Betriebsergebnis	90.043	100.253
EBIT	93.885	98.047
Konzern-Jahresüberschuss	53.691	12.864
Bilanzgewinn	42.534	25.852

2.3.1. Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 1.455,5 Millionen Euro. Der Rückgang um 123,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr resultiert maßgeblich aus dem insgesamt niedrigeren Preisniveau für Endkunden bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT aufgrund ebenfalls gesunkener Beschaffungspreise an den Handelsplätzen. Bei Privat- und Gewerbekunden stehen den gesunkenen Großhandelspreisen höhere Umlagen gegenüber. Der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ist es hier gelungen, für ihre Privat- und Gewerbekunden ein stabiles Preisniveau beizubehalten. Bei von Umlagen befreiten Kunden mit Portfoliomanagementvertrag konnte die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT diese Beschaffungsvorteile vollständig weiterreichen. Zudem gingen die Umsätze im Bereich Energiedienstleistungen insbesondere aufgrund geringerer Erlöse aus der Veräußerung von Windkraftanlagen zurück. Gegenläufig nahmen die Umsatzerlöse der Pfalzwerke Netz AG zu, was im Wesentlichen auf einen Anstieg der Umlagesätze und der Ausgleichszahlungen des Übertragungsnetzbetreibers für die Einspeisung nach EEG und KWKG zurückzuführen ist.

Im Berichtsjahr ist eine Bestandserhöhung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Vorjahr: Minderung) in Höhe von 13,5 Millionen Euro zu verzeichnen. Wesentlicher Grund dafür ist die Errichtung von Windkraftanlagen durch die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und Photovoltaikanlagen durch die Pfalzsolar GmbH, deren Fertigstellung und Veräußerung jeweils erst 2017 erfolgen werden.

Die **Gesamtleistung** sank auf 1.479,4 Millionen Euro (Vorjahr: 1.574,1 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** betragen 2016 insgesamt 42,8 Millionen Euro und fielen im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Millionen Euro geringer aus. Dies ist vor allem auf geringere Erträge aus Anlagenabgängen bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzwerke Netz AG zurückzuführen. Daneben führten Umgliederungen aufgrund des BilRUG ebenfalls zu geringeren Sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die **Materialaufwendungen** des Pfalzwerke-Konzerns beinhalten überwiegend Aufwendungen für Energiebezug der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzgas GmbH. Diese waren in Folge der niedrigeren Energiebeschaffungspreise geringer als im Vorjahr. Bei der Pfalzwerke Netz AG wurden die Materialaufwendungen maßgeblich durch wesentlich höhere Aufwendungen für Umlagen und Einspeisung beeinflusst. Daneben wurde – ebenfalls bei der Pfalzwerke Netz AG – eine Zuführung zur Rückstellung für so genannte Pooling-Risiken in den Materialaufwendungen abgebildet. Insgesamt summierten sich die Materialaufwendungen im Berichtsjahr auf 1.229,5 Millionen Euro (Vorjahr: 1.308,1 Millionen Euro).

Mit 76,9 Millionen Euro sind die **Personalaufwendungen** des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 Millionen Euro gesunken. Dies ist maßgeblich auf Sondereffekte im Vorjahr aufgrund der Zuführung zu Personalarückstellungen in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und in der Pfalzwerke Netz AG zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen summierten sich im Berichtsjahr auf 45,5 Millionen Euro (Vorjahr: 43,8 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** konnten gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Millionen Euro reduziert werden und betragen 2016 insgesamt 80,3 Millionen Euro. In der Pfalzwerke Netz AG führte insbesondere die Umgliederung des Aufwands aus der Konzessionsabgabe in den Materialaufwand im Rahmen der Änderungen durch das BilRUG zu einer deutlichen Absenkung der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Gegenläufig kam es, im Wesentlichen bedingt durch die gemäß BilRUG ebenfalls im Sonstigen betrieblichen Aufwand abzubildende Zuführung des noch ausstehenden BilMoG-Unterschiedsbetrags zu den Pensionsrückstellungen (Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB), zu einem Anstieg der Aufwendungen. Entlastend wirkten hingegen Effizienzmaßnahmen im Rahmen des Kostenoptimierungsprojektes „Fokus“.

Aufgrund der vorgenannten Effekte belief sich das **Betriebsergebnis** des Pfalzwerke-Konzerns im Geschäftsjahr 2016 auf 90,0 Millionen Euro, was einem Rückgang gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres um 10,2 Millionen Euro entspricht.

Das **Beteiligungsergebnis** stieg auf 3,8 Millionen Euro (Vorjahr: -2,2 Millionen Euro). Dies ist zum einen auf höhere Erträge bei den Stadtwerke-Beteiligungen zurückzuführen. Zum anderen hatten sich im Vorjahr bei den Unternehmen, die im Konzernabschluss als assoziierte Unternehmen der „at equity“-Bewertung unterliegen, der anteilige Jahresfehlbetrag und die Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der FAMIS GmbH sowie der anteilige Jahresfehlbetrag der prego services GmbH negativ ausgewirkt. Derartige Sondereffekte sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht eingetreten.

Das **EBIT** betrug für den Berichtszeitraum 93,9 Millionen Euro und lag damit unter dem Vorjahreswert von 98,0 Millionen Euro.

Das **Zinsergebnis** hat sich im Berichtsjahr auf -13,0 Millionen Euro verbessert (Vorjahr: -58,6 Millionen Euro). Dies ist insbesondere auf die durch den Gesetzgeber im März 2016 entschiedene Änderung der handelsrechtlichen Vorschriften zur Diskontierung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen, die zu einem deutlichen, einmaligen Entlastungseffekt führt.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** sind gegenüber dem Vorjahr leicht auf 27,2 Millionen Euro angestiegen (Veränderung: +0,6 Millionen Euro). Unter Berücksichtigung der Steuern weist die Gewinn- und Verlustrechnung des Pfalzwerke-Konzerns für das Berichtsjahr einen **Konzern-Jahresüberschuss** in Höhe von 53,7 Millionen Euro aus (Vorjahr: 12,9 Millionen Euro).

Die im Rahmen des Lageberichts 2015 prognostizierte Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren ist im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen eingetroffen. Die Umsatzerlöse sind im Berichtszeitraum aufgrund des insgesamt niedrigeren Preisniveaus für Strom und Gas an den Großhandelsmärkten gegenüber 2015 gesunken. Betriebsergebnis

und EBIT liegen unter Vorjahresniveau. Die Änderung der handelsrechtlichen Vorschriften zur Diskontierung von Pensionsrückstellungen führte zu einer deutlichen Reduzierung des Zinsaufwands und zu einer Entlastung des Zinsergebnisses. Dies trug wie erwartet zu einer signifikanten Verbesserung des Konzern-Jahresüberschusses 2016 bei.

2.3.2. Finanz- und Vermögenslage

Im Jahr 2016 belief sich die **Bilanzsumme** des Pfalzwerke-Konzerns auf 1.268,5 Millionen Euro. Dies bedeutet einen Anstieg von 33,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (1.234,9 Millionen Euro) und ist auf der **Aktivseite** insbesondere durch eine Zunahme der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau, der Vorräte und des Wertpapierbestands zu erklären.

Wie die **flüssigen Mittel** dienen auch die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** der dauerhaften Sicherstellung der operativen Liquidität. Zum Bilanzstichtag wurden finanzielle Mittel insbesondere für anstehende Investitionsmaßnahmen vorgehalten.

Auf der **Passivseite** ist der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen auf den gegenüber dem Vorjahr höheren Jahresüberschuss zurückzuführen. Gegenläufig wirkte die Entwicklung der Verbindlichkeiten, die gegenüber dem Vorjahr unter anderem aus der anteiligen Rückzahlung der Klimaschutzzertifikate deutlich geringer ausfielen.

Das **Eigenkapital** hat sich erhöht und betrug zum 31. Dezember 2016 insgesamt 247,0 Millionen Euro (Vorjahr: 205,9 Millionen Euro).

Die **Rückstellungen** haben sich im Berichtsjahr auf 680,0 Millionen Euro erhöht (Vorjahr: 657,4 Millionen Euro). Der größte Anteil der Erhöhung entfällt auf Sonstige Rückstellungen.

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** des Konzerns ist definiert als das Verhältnis zwischen bilanziellem Eigenkapital (zuzüglich 70 Prozent der empfangenen Ertragszuschüsse und abzüglich der vorgesehenen Dividende) und der Bilanzsumme. Sie betrug zum 31. Dezember 2016 21,3 Prozent (Vorjahr: 18,6 Prozent).

Die **Anlagendeckungsquote**, welche das Verhältnis zwischen Anlagevermögen und Eigenkapital zuzüglich langfristigen Fremdkapital widerspiegelt, belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 94,5 Prozent (Vorjahr: 99,8 Prozent). Dies bestätigt die solide Finanzstruktur des Konzerns.

Grundsätzlich wird eine möglichst dauerhafte Finanzierung des langfristig gebundenen Kapitals angestrebt. Eine fristenkongruente Finanzierung gestaltet sich in der Energieversorgung aufgrund der extrem langläufigen Wirtschaftsgüter jedoch schwierig. Dem strategischen Finanzierungs- und Bilanzstrukturmanagement kommt daher auch zukünftig eine besondere Bedeutung innerhalb des Pfalzwerke-Konzerns zu.

2.3.3. Kapitalflussrechnung

Der **Brutto-Cashflow** ist im Berichtsjahr auf 90,9 Millionen Euro (Vorjahr: 99,4 Millionen Euro) gesunken. Dem höheren Jahresüberschuss steht eine Abnahme der langfristigen Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr gegenüber.

Mit 66,7 Millionen Euro war der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Berichtsjahr geringer als im Vorjahr (82,6 Millionen Euro). Eine wesentliche Ursache für den gegenüber dem Vorjahr geringeren Mittelzufluss aus der lau-

fenden Geschäftstätigkeit ist der Anstieg von unfertigen Erzeugnissen (insbesondere Windkraft- und Photovoltaikanlagen bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und bei der Pfalzolar GmbH). Gegenläufig wirkte sich die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** belief sich auf -65,4 Millionen Euro (Vorjahr: -62,1 Millionen Euro). Der Grund für die Veränderung liegt insbesondere in höheren Investitionen in das Finanzanlagevermögen.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist auf -16,9 Millionen Euro gestiegen (Vorjahr: -33,8 Millionen Euro). Diese Veränderung lässt sich im Wesentlichen auf höhere Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten sowie geringere Auszahlungen für die Tilgung von Krediten zurückführen.

Die Veränderung des Finanzmittelbestands und der dafür zugrunde liegenden Mittelbewegungen sind im Anhang als Kapitalflussrechnung dargestellt.

Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis des Pfalzwerke-Konzerns wurden im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 36 (Vorjahr: 39) Gesellschaften einbezogen. Davon wurden 19 (Vorjahr: 21) Gesellschaften voll- und drei (unverändert zum Vorjahr) Gesellschaften quotenkonsolidiert sowie 14 (Vorjahr: 15) Gesellschaften at equity bilanziert. Die Geschäftsanteile an der Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH wurden zum 1. Januar 2016 verkauft. Die Kraft Wärme Wörth GmbH und die Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH wurden mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verschmolzen.

2.4. Investitionen

Die Investitionen des Pfalzwerke-Konzerns beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 85,4 Millionen Euro (Vorjahr: 76,2 Millionen Euro). Davon entfallen 43,3 Millionen Euro auf die Pfalzwerke Netz AG.

2.5. Belegschaft

Die Belegschaft des Pfalzwerke-Konzerns umfasste im Berichtsjahr insgesamt 1.096 Mitarbeiter(innen) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (1.108 Mitarbeiter(innen)) nahezu konstant geblieben. 947 Mitarbeiter(innen) sind in unbefristeten und 60 in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Hochqualifizierte und motivierte Fachkräfte sind für den Erfolg und das Wachstum eines Unternehmens unerlässlich. Daher legt der Pfalzwerke-Konzern schon von jeher großen Wert auf die Ausbildung junger Menschen. Im Geschäftsjahr 2016 absolvierten insgesamt 87 Auszubildende und zwei Trainees das Ausbildungsprogramm des Pfalzwerke-Konzerns.

3. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem und –prozess

Da unternehmerisches Handeln grundsätzlich mit Chancen und Risiken verbunden ist, wurde vom Vorstand der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ein konzernweit einheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet. Der bewusste Umgang mit Risiken stellt einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung und -kultur des Pfalzwerke-Konzerns dar.

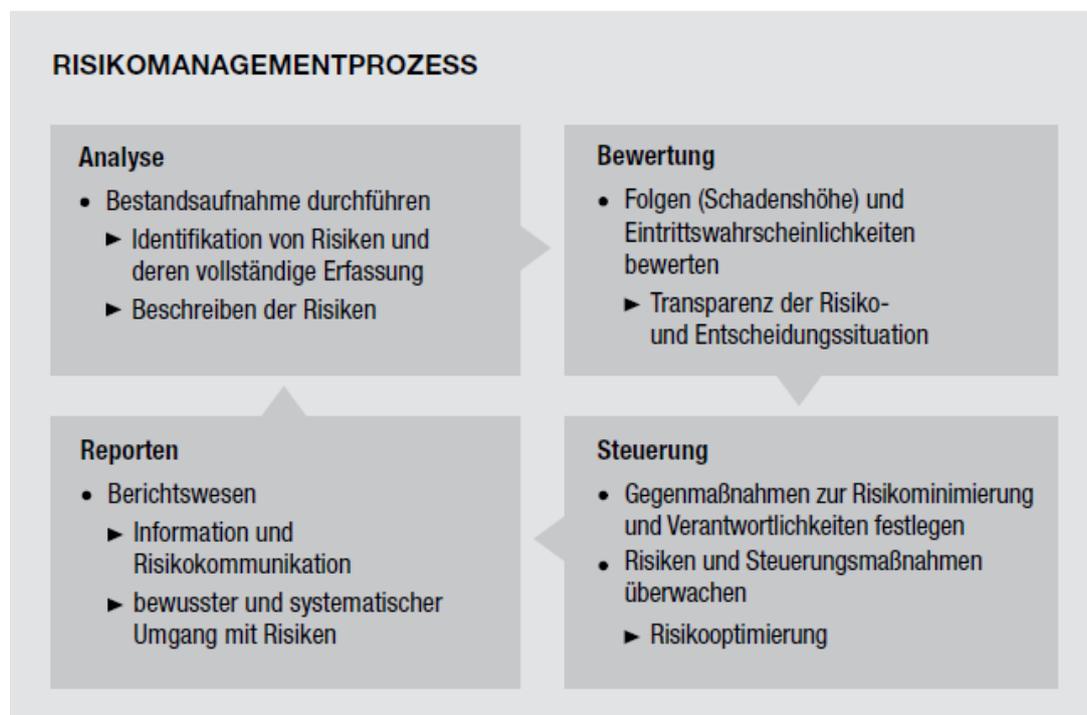


Die Steuerung des Risikomanagementprozesses wird von einer zentralen und unabhängigen Stelle innerhalb der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verantwortet. Dezentrale Risikoansprechpartner der einzelnen Fachbereiche bzw. Gesellschaften arbeiten eng mit der zentralen Stelle zusammen. Dabei werden die Risiken durch die Risikoansprechpartner eigenverantwortlich identifiziert, bewertet und in einem geregelten Prozess an die zentrale Stelle gemeldet. Diese verantwortet die Einhaltung des Risikomanagementprozesses und überwacht die Entwicklung der einzelnen Risikopositionen. Es ist ein regelmäßiges Berichtswesen an den Vorstand implementiert, welches quartalsweise und gegebenenfalls ad hoc erfolgt.

Unter Risiko wird die Gefahr definiert, dass Ereignisse oder Handlungen das Unternehmen daran hindern, seine in der Planung festgelegten Ziele zu erreichen bzw. seine Strategie erfolgreich umzusetzen. Der Begriff des Risikos bezieht sich nicht nur auf die Gefahren, dass Risiken eintreten, sondern auch darauf, dass Chancen nicht realisiert werden können.

Diese weitgehende Risikodefinition resultiert aus der Erkenntnis, dass auch das Zusammentreffen mehrerer, für sich gesehen, nicht existenzgefährdender Risiken in ihrer Gesamtauswirkung zu einer Existenzgefährdung führen kann. Die quantitative Zielgröße, auf die ein Risiko einwirkt, ist definiert als das erwartete Jahresergebnis. Dies bedeutet, dass die in der mittelfristigen Unternehmensplanung vorgegebenen Prämissen und planerisch verarbeiteten Gegebenheiten grundsätzlich nicht mehr als Risiko anzusehen sind.

Es besteht ein konzernweit einheitliches Risikohandbuch, welches die oben beschriebene Risikodefinition, die Grundsätze des Risikomanagementprozesses und Verantwortlichkeiten regelt. Die einzelnen Risiken werden nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Es werden geeignete Maßnahmen festgelegt, um eine Reduzierung der Risiken zu erzielen, wobei die Risiken brutto (Bewertung vor Gegenmaßnahmen) und netto (Bewertung nach Gegenmaßnahmen) dargestellt werden. Für die Risikobeurteilung ist die Nettobetrachtung maßgeblich. Eine Konsolidierung der Risiken auf Konzernebene wird durch das zentrale Risikomanagement sichergestellt.



Basierend auf Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit erfolgt eine Einstufung der Netto-Risiken in drei Risikoklassen. Die Wertgrenzen der Risikoklassen werden für jede Konzerngesellschaft individuell festgelegt.

Risikoklasse	Beschreibung des Risikos
wesentlich	Risiken, die das Jahresergebnis stark beeinflussen oder zu einer spürbaren Reduzierung des Unternehmenswertes führen Aktionen: akuter Handlungsbedarf
überwachen	Risiken, die eine spürbare Beeinträchtigung des Jahresergebnisses bewirken Aktionen: regelmäßig überwachen, ggf. handeln
beobachten	Risiken, die weder Jahresüberschuss noch Unternehmenswert spürbar beeinflussen Aktionen: kein Handlungsbedarf

Zur Risikobegrenzung ist in den Bereichen Beschaffung, Handel und Portfoliomanagement von Energie sowie Geld- und Wertpapiergeschäfte des Umlaufvermögens ein spezieller Risikomanagementprozess eingerichtet. Es wurden spezifische Regelungen, wie z. B. Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten, Eskalationsstufen und Limite festgelegt, deren Einhaltung durch das Risikocontrolling überwacht wird. In Anlehnung an die Mindestanforderungen für das Risikomanagement ist das Risikocontrolling fachlich und disziplinarisch bis zur Vorstandsebene von den Marktaktivitäten getrennt. Als Grundsatz- und Entscheidungsgremium wurde ein Risikokomitee eingerichtet. Das Risikocontrolling berichtet als unabhängige Stelle täglich, monatlich und gegebenenfalls ad hoc an das Risikokomitee. Die angewendeten Verfahren und Instrumentarien des Risikocontrollings werden methodisch stetig optimiert und weiterentwickelt.

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Kenntnisse über wesentliche Risiken.

Zu überwachende Risiken für den Pfalzwerke-Konzern, die spürbare Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, betreffen:

- Finanzrisiken bei Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens
- Markt- und Kreditrisiken bei der Beschaffung, dem Handel und dem Portfoliomanagement von Energie
- Risiken im politisch / rechtlichen Umfeld
- Leistungsrisiken bei technischen Anlagen
- Projektrisiken

Auf eine Darstellung der zu beobachtenden Risiken wird verzichtet, da die kumulierten Schadenerwartungswerte der zu überwachenden Risiken rund 55 Prozent des Gesamtschadenerwartungswerts des Konzerns, der verbundenen Unternehmen und der Unternehmen mit einem Beteiligungsanteil von 50 Prozent, abdecken.

Finanzrisiken bei Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens

Negative Entwicklungen an den Kapitalmärkten können in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu Wertberichtigungen bei gehaltenen Wertpapieren führen. Zu deren Steuerung und Überwachung ist ein strukturierter Management- und Controllingprozess implementiert. Dieser enthält Anlagenrichtlinien, eine Überwachung durch das Risikocontrolling sowie einen regelmäßigen Fachaustausch mit Banken und Beratern.

Zur Messung des Kursänderungsrisikos werden finanzwirtschaftlich anerkannte Methoden verwendet. Für Wertpapiere des Anlage- und Umlaufvermögens liegen Value-at-Risk (VaR)-Betrachtungen vor. Der VaR-Wert für die Wertpapiere des Anlagevermögens lag zum Bilanzstichtag bei 6,726 Millionen Euro. Für die Wertpapiere des Umlaufvermögens ergibt sich ein VaR von 2,534 Millionen Euro.

Markt- und Kreditrisiken bei der Beschaffung, dem Handel und dem Portfoliomanagement von Energie

Für die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ergeben sich durch die Tätigkeiten am Energiemarkt Chancen und Risiken. Aus ungünstigen Preisentwicklungen an den Energiemärkten entstehen zum Beispiel Risiken, wenn Energiemengen bei steigenden Marktpreisen eingedeckt oder bereits beschaffte Mengen bei sinkenden Preisen verkauft werden müssen. Diesen Risiken wird durch eine strukturierte Beschaffung unter Verwendung marktüblicher Instrumente entgegengewirkt. Die Marktrisiken werden durch das Risikocontrolling permanent überwacht. Ihre Quantifizierung erfolgt mit VaR-Modellen.

Der VaR für Strom- und Gasbeschaffung misst und bewertet die Abweichung zwischen prognostizierter oder bereits bestellter Absatz- und (i. d. R. über Standardprodukte) eingedeckter Beschaffungsmenge. Zusätzlich werden Mengenrisiken berücksichtigt, welche grundsätzlich durch die Abweichung der beschafften Produkte und dem tatsächlichen Energieverbrauch entstehen. Der VaR lag zum Bilanzstichtag bei 0,352 Millionen Euro.

Der VaR für den Handel bewertet das Marktpreisänderungsrisiko offener Positionen, die gemäß der Risikopolitik im kontrollierten Rahmen und unter strikter Einhaltung vorgegebener Limite zugelassen sind. Erzielte Gewinne und Verluste aus schwebenden Handelsgeschäften (Fair Value) fließen in die Bewertung mit ein. Dies dient zur Ermittlung der Ausschöpfung des Risikokapitalrahmens. Zum Bilanzstichtag lag der VaR bei -0,067 Millionen Euro.

Die nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 erforderlichen Angaben zu Systematik, Art und Kategorie der zur Bedienung des Vertriebsabsatzes abgeschlossenen Sicherungsgeschäfte sowie die Art der abgesicherten Risiken und die Art der Grundgeschäfte können dem Anhang unter der Textziffer 26 entnommen werden.

Kreditrisiken können durch den Ausfall von Handelspartnern bzw. Kunden entstehen. Zur Steuerung des Kreditrisikos werden Bonitätsprüfungen eingesetzt, die einen strukturierten Freigabeprozess hinsichtlich der Geschäftsanbahnung sicherstellen. In die Bewertung fließen unter anderem mit Hilfe externer Ratingagenturen ermittelte Kenngrößen wie Bonitätsindizes, Branchenzugehörigkeit, Gesellschafterstruktur sowie Bilanzkennzahlen ein. Die Freigabe von Handelspartnern erfolgt durch das Risikocontrolling. Handels- und Beschaffungsgeschäfte werden in der Regel auf Grundlage marktüblicher Rahmenverträge abgeschlossen. Für die Freigabe von Geschäftskunden gelten vertriebliche Regelungen. Das Risikocontrolling überwacht zudem Konzentrations- und Volumenlimite in Bezug auf die Handelspartner. Das Kreditrisiko wird für den Handel und die Beschaffung monatlich und gegebenenfalls anlassbezogen ad hoc berechnet. Für die Kreditrisikoberechnung werden bezogen auf das Handels- und Beschaffungsportfolio analytische Verfahren eingesetzt. Zusätzlich erfolgen regelmäßig spezifische Kreditrisikobewertungen und Szenarioanalysen auf Handelspartner- und anlassbezogen auf Kundenebene sowie ad hoc Stresstests. Zum Bilanzstichtag betrug das mittels analytischer Verfahren berechnete Kreditrisiko 0,342 Millionen Euro.

Risiken im politisch / rechtlichen Umfeld

Risiken können sich durch Veränderungen der regulatorischen, energiepolitischen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Durch die Vorgaben der Bundesnetzagentur können branchentypische Regulierungsrisiken bei der Pfalzwerke Netz AG entstehen. Um auf diese Risiken frühzeitig und angemessen reagieren zu können, ist ein Regulierungsmanagement eingerichtet.

Leistungsrisiken bei technischen Anlagen

An den technischen Anlagen der Pfalzwerke Netz AG kann es durch extreme Wetterbedingungen zu Schäden kommen. Dies könnte zu einer flächendeckenden Versorgungsunterbrechung in Verbindung mit monetären Schäden durch die anfallende Instandsetzung führen. Kontinuierliche Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten sowie ein Investitionsprogramm und die regelmäßige Weiterbildung der Mitarbeiter(innen) tragen zur Minderung dieses Risikos bei. Ein IT-gestütztes Störungs- und Krisenmanagementsystem, dessen Wirksamkeit regelmäßig durch praktische Übungen anhand von Krisenszenarien getestet wird, grenzt die Schadenshöhe des Risikos weiter ein.

Projektrisiken

Die Wirtschaftlichkeit von Projekten des Pfalzwerke-Konzerns im Bereich der erneuerbaren Energien kann durch Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen oder technische Schwierigkeiten gefährdet werden. Projekte unterliegen einer sorgfältigen Planung und Kalkulation, was Projektrisiken reduziert. Bei der Umsetzung von Projekten erfolgt eine permanente Überwachung, um Abweichungen von geplanten Ergebnissen frühzeitig zu erkennen und angemessen reagieren zu können. Trotz dieser Optimierungsmaßnahmen kann aufgrund der für erneuerbare Energien typischen Volatilität der Fall eintreten, dass die prognostizierte Energieausbeute nicht erreicht wird. Dies kann die nachhaltige Wirtschaftlichkeit von Projekten und in Abhängigkeit von Größe und Bedeutung auch die der betreffenden Konzerngesellschaft negativ beeinflussen.

Für Risiken aus Geothermieprojekten wurde bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als Risikovorsorge bereits in den Vorjahren eine Rückstellung gebildet. Diese wird in voller Höhe beibehalten. Die Restrisikoposition unterliegt einer ständigen Überwachung.

Im Bereich der Windenergie können Risiken für die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT durch den Einsatz eines Agententyps entstehen. Hieraus eventuell entstehende Probleme können trotz Einhaltung der planerischen Vorgaben

die Profitabilität von Projekten gefährden. Um Gewährleistungsrisiken im Zusammenhang mit dem Verkauf von Windkraftanlagen zu minimieren, reicht die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Gewährleistungsrechte gegenüber den Lieferanten der Windkraftanlagen vertraglich an den Windparkbetreiber weiter. Sollte ein Lieferant jedoch seine Geschäftstätigkeit einstellen, besteht im Rahmen der Gewährleistungsfrist ein Gewährleistungsrisiko. Für allgemeine Gewährleistungsrisiken wurde eine Rückstellung als Risikovorsorge gebildet. Die Entwicklung des Restrisikos wird weiterhin überwacht.

Chancen bieten sich dem Pfalzwerke-Konzern durch die konsequente Umsetzung des Kostenoptimierungsprojekts „Fokus“. Das Betriebsänderungsverfahren wurde bereits 2015 abgeschlossen. Zum Ende des Geschäftsjahrs 2016 befanden sich fast alle entwickelten Optimierungsmaßnahmen in der operativen Umsetzung und waren zu einem Großteil schon abgeschlossen. Das übergeordnete Ziel des gesellschaftsübergreifenden Vorhabens ist die Identifizierung und anschließende Umsetzung von Entwicklungspotenzialen, die Definition von Kostensenkungsmaßnahmen sowie die effizientere Gestaltung von Prozessen.

Bei den verbundenen Unternehmen erfolgt in Zusammenarbeit mit dem zentralen Risikomanagement eine regelmäßige Risikoinventur. Hierbei werden eventuelle Anpassungen oder Aktualisierungsbedarfe bei den einzelnen Risiken vorgenommen.

Gemeldete Risiken in den einzelnen Konzerngesellschaften können bei Eintritt die Wirtschaftslage der Gesellschaft negativ beeinflussen. Für den Pfalzwerke-Konzern stellen diese Risiken jedoch keine wesentlichen und somit auch keine bestandsgefährdenden Risiken dar.

Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Über Risiken, aus deren Eintritt eine Bestandsgefährdung resultieren könnte, liegen derzeit keine Erkenntnisse vor. Auch für das Geschäftsjahr 2017 sind keine existenzbedrohenden Risiken ersichtlich.

Chancen und Wachstumspotenziale

Als innovative Dienstleistungsgruppe sieht sich der Pfalzwerke-Konzern in besonderem Maße durch die Energiewende in Deutschland und die damit verbundenen tiefgreifenden politischen und regulatorischen Konsequenzen sowie Marktveränderungen vor große Herausforderungen gestellt. Daraus ergeben sich – neben entsprechenden Risiken – vielfältige Chancen für neue geschäftliche Aktivitäten und ein mittel- bis langfristiges profitables Wachstum der gesamten Dienstleistungsgruppe. Das breite Leistungsspektrum des Pfalzwerke-Konzerns in den Bereichen rund um erneuerbare Energien, Strom-, Gas-, Wärmeversorgung und Netzbetrieb über die Pfalzwerke Netz AG mit einer ausgeprägten regionalen Verankerung und zugleich einem deutschlandweiten Vertriebsansatz bieten dem Pfalzwerke-Konzern eine sehr gute Positionierung in der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette.

Wachstumspotenziale erwarten den Konzern insbesondere im Bereich der ressourcenschonenden erneuerbaren Energien. Die Chancen in der Photovoltaik im Ausland und der Projektierung von Wind Onshore in Deutschland stehen hierbei im Vordergrund. Hierbei verfügt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT über ein ausgeprägtes eigenes Know-How in der Projektierung und Betriebsführung von Windenergieanlagen. Für die Projektierung von Photovoltaikanlagen im In- und Ausland hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT mit der PFALZSOLAR GmbH zudem eine kompetente und erfolgreiche Tochtergesellschaft.

Auch zukunftssträngige Themen aus dem Bereich der Digitalisierung, bspw. im Kontext von Smart Home Lösungen, sowie dem durch die Bundesregierung angestrebten Aufbau einer Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität sieht die

PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als neue Wachstumsfelder an. Durch die fortlaufende strategische Positionierung aller Fachbereiche und Tochtergesellschaften der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ergibt sich insgesamt die Möglichkeit, neue Kundengruppen und vielversprechende Märkte zu erschließen sowie die Energiewende aktiv mitzugestalten.

Frauenquote

Gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, in Kraft getreten am 1. Mai 2015, sind Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT festgelegt worden. Der Vorstand hat für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands die Festlegung folgender Zielgrößen beschlossen:

- Zweite Führungsebene (Abteilungsleiter/Leitende Angestellte): 20,00 Prozent
- Dritte Führungsebene (Leiter/Gruppenleiter): 14,29 Prozent

Der Aufsichtsrat hat eine Zielgröße von mindestens 8,3 Prozent für den Frauenanteil im Aufsichtsrat festgelegt. Für den Frauenanteil im Vorstand wurde eine Zielgröße von mindestens 0,0 Prozent definiert. Die Festlegung erfolgte bis zum 30. Juni 2017. Alle Zielgrößen waren bereits zum Zeitpunkt der Beschlussfassung erreicht.

4. Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befand sich 2016 weiterhin im Aufschwung und ist um 1,9 Prozent gewachsen. Dazu haben vor allem eine Ausweitung der privaten und öffentlichen Konsumausgaben sowie der Wohnungsbauinvestitionen beigetragen. Für 2017 wird ein Anstieg der Wirtschaftsleistung zwischen 1,3 und 1,9 Prozent vorhergesagt. Das Wachstum dürfte sich allein aufgrund der geringeren Anzahl Arbeitstage 2017 gegenüber dem Vorjahr abschwächen, die Wachstumsdynamik aber im Wesentlichen erhalten bleiben. Der private Konsum könnte allerdings an Tempo verlieren, denn zum einen dürfte sich die dynamische Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre verlangsamen, zum anderen die Kaufkraft der Verbraucher durch wieder steigende Energiepreise geschmälert werden. Zudem gibt es eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Risiken, die das Wachstum belasten könnten, darunter die Brexit-Verhandlungen, die Probleme bei europäischen Banken, Wahlen in mehreren europäischen Ländern und der künftige Kurs der US-Wirtschaftspolitik.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das energiewirtschaftliche Umfeld hat sich 2016 durch eine Vielzahl neuer Gesetze und Verordnungen weiter gewandelt und verkompliziert. Eine strategische Planung der einzelnen Vertriebsparten wird hierdurch deutlich erschwert. Mit dem neuen EEG 2017 wurde die Förderung erneuerbarer Energien nahezu komplett auf Ausschreibungen umgestellt. Anlagenbetreiber müssen sich im Wettbewerb gegen andere Betreiber behaupten, um Förderung zu erhalten, und können nicht mehr mit einer sicheren Förderprämie rechnen. Durch Anpassungen im neuen KWKG werden nun auch KWK-Anlagen über das Ausschreibungsmodell gefördert. Diese Neuregelungen werden großen Einfluss auf die Marktchancen und die Projektierung von EEG- und KWK-Anlagen durch die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und ihre Beteiligungen haben. Die neue Anreizregulierungsverordnung erfordert zudem grundlegende Veränderungen in der Investitionsplanung der Pfalzwerke Netz AG. Die Absenkung der Eigenkapitalverzinsung als Bestandteil der zulässigen Netzkosten stellt in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Herausforderung dar. Schließlich erfordert der

mit dem Gesetz zur Digitalisierung nun endgültig beschlossene Smart-Meter-Rollout eine enorme Innovationsleistung für eine erfolgreiche Positionierung im Bereich intelligenter Messsysteme.

Insgesamt stellt die Entwicklung des energiewirtschaftlichen Umfelds zunehmend höhere Anforderungen an die Unternehmensleitung, die Führungskräfte und die Mitarbeiter aller Bereiche des Konzerns. Eine innovationsfördernde und flexibel auf das sich schnell verändernde Marktumfeld reagierende Unternehmenskultur, welche die Mitarbeiter entsprechend fordert und fördert, ist grundlegende Voraussetzung, um die ständige Anpassung unserer Geschäftsmodelle zu gewährleisten und im Wettbewerb zu bestehen.

Die Preise an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas legten auf das Gesamtjahr 2016 gesehen wieder zu, waren jedoch besonders am Strommarkt sehr volatil. Für 2017 wird von einer Seitwärts- oder leichten Aufwärtsentwicklung der Energiepreise ausgegangen. Kapazitätsseitig ergibt sich, u. a. bedingt durch die von der OPEC beschlossene Förderkürzung und den erwarteten globalen Konjunkturaufschwung, ein preisstützendes Umfeld. Die Bayerische Landesbank rechnet in ihrem Financial Markets Report vom 16. Dezember 2016 jedoch allenfalls mit einem kurzfristigen weiteren Anstieg der Rohölnotierungen. Beim Gaspreis erwartet sie eine Fortsetzung des volatilen Seitwärtstrends.

Die staatliche Belastung des Strompreises ist 2017 noch deutlicher gestiegen als im Vorjahr. Die EEG-Umlage nahm um 8,3 Prozent auf 6,88 Cent/kWh zu und die Netzentgelte stiegen im Bundesdurchschnitt um ca. 9 Prozent. Viele Stromvertriebe konnten die gestiegene staatliche Belastung nicht ohne Preiserhöhung für die Kunden kompensieren. Im Dezember 2016 hatte bereits über ein Drittel der Stromgrundversorger reagiert und Preiserhöhungen für Januar oder Februar 2017 angekündigt. Im Schnitt betragen die Erhöhungen 3,5 Prozent. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hält die Preise in der Grundversorgung 2017 hingegen stabil und stärkt damit die Kundenbindung.

Entwicklung einzelner Geschäftsfelder und Projekte

Die aktuellen energiewirtschaftlichen Entwicklungen bestätigen den auch für 2017 zu erwartenden dynamischen Wandel der Energiewirtschaft in Deutschland. Hierbei wird die gesamte Branche vor große Herausforderungen gestellt. Der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als Multi-Utility-Anbieter bietet dieser Veränderungsprozess neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Im Bereich Photovoltaik führte nach der Einführung der Freiflächenausschreibungsverordnung in 2015 die Absenkung der Pflichtgrenze der Direktvermarktung in 2016 zu weiteren Unsicherheiten am deutschen Markt. Dennoch konnte sich die PFALZSOLAR GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr am deutschen Freiflächensolarmarkt behaupten und mit dem Solarpark Schiersfeld erstmalig einen Zuschlag im Ausschreibungsverfahren erzielen. Weiterhin positiv entwickelten sich auch die Aktivitäten im Ausland. Durch die Gründung der Tochtergesellschaft in den USA wurden die Weichen für einen weiteren Ausbau des Projektentwicklungsgeschäfts auf dem amerikanischen Markt gestellt. Zudem eröffnet das erfolgreiche Agieren auf dem englischen Solarmarkt neue Projektmöglichkeiten als Anbieter von Generalunternehmerleistungen im europäischen Ausland.

Im Bereich der Projektierung von Wind Onshore in Deutschland setzt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT auf eigenes, langjähriges Know-How in der Projektierung und Betriebsführung von Windenergieanlagen. Trotz des zunehmend insbesondere regional schwierigen Marktumfelds sowie der Einführung von Ausschreibungsverfahren im Kontext des EEG 2017 bietet das Geschäftsfeld Wind Onshore auch künftig ein erhebliches Wachstumspotenzial.

Als innovativer Energieversorger hat der Pfalzwerke-Konzern jedoch nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien im Blick, sondern auch die damit verbundenen Themen Netzstabilität, Speicherung und Versorgungssicherheit sowie

das Commodity-Geschäft in den Sparten Strom und Gas. Deshalb beteiligt sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT aktiv an Forschungsprojekten in diesen Bereichen. Beispiele hierfür sind die Forschungsprojekte „CellStore“ mit Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Energieversorgungsnetzstruktur sowie „SINTEG / Designetz / SESAM“, ein durch das BMWi gefördertes Verbundprojekts mit Fokus auf der intelligenten Verknüpfung von Netztechnologie, Energieerzeugung und -verbrauch in urbanen wie auch industriellen Bereichen. Ebenfalls entwickelt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT neue Zukunftsthemen wie Smart Home Lösungen und Ladeinfrastrukturkonzepte, beispielsweise im Rahmen eigener Projektierungen sowie Kooperationen, konsequent weiter. Die Projekte sind hierbei eng auf den Ausbau des Leistungsspektrums und der bestehenden Kompetenzen der gesamten Pfalzwerke-Gruppe abgestimmt und dienen so einer nachhaltigen Stärkung des gesamten Konzerns.

Die konsequente Umsetzung der im Rahmen des Kostenoptimierungsprojekts „Fokus“ entwickelten Maßnahmen steht auch im Geschäftsjahr 2017 im Vordergrund. Das Projekt hat die Zielsetzung, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren sowie Prozesse und Schnittstellen auch über die Unternehmensgrenzen hinweg zu optimieren. Nachdem die Aufsichtsräte der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzwerke Netz AG den Maßnahmen bereits 2014 zugestimmt hatten, mündeten die Verhandlungen mit dem Betriebsrat in einem im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossenen Betriebsänderungsverfahren. Zum 1. Januar 2016 wurde eine neue und deutlich gestraffte Aufbauorganisation etabliert, auch konnten im Projektzeitraum bereits 50 von 85 definierten Fokus-Maßnahmen im Pfalzwerke-Konzern kostenwirksam umgesetzt werden. Die weiterhin in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen werden 2017 und in den darauffolgenden Jahren kostenwirksam werden.

Für eine Prognose des Geschäftsjahres 2017 ist eine Betrachtung der relevanten finanziellen Leistungsindikatoren erforderlich. Diese beinhalten insbesondere die erwarteten Umsatz- und Ergebnisziele. Nach aktuellen Einschätzungen ergibt sich für den Pfalzwerke-Konzern folgender Ausblick:

- Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Umsatzerlöse in 2017 insbesondere aufgrund der auch für die Folgejahre erwarteten niedrigen Großhandelspreise für Strom und Gas absinken.
- Angesichts der zukünftigen Wettbewerbserwartungen wird das Betriebsergebnis in 2017 unter dem Niveau von 2016 erwartet.
- Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen wird das EBIT-Niveau des Geschäftsjahrs 2016 in 2017 voraussichtlich nicht ganz erreicht werden können.
- Ferner wird unterstellt, dass der Ergebnisbeitrag der Pfalzwerke Netz AG 2017 auf einem gegenüber 2016 deutlich niedrigeren Niveau liegen wird. Der Ergebnisbeitrag der Pfalzwerke Netz AG ist 2016 durch einen einmaligen, exogen beeinflussten Entlastungseffekt im Zinsaufwand für Pensionsverpflichtungen geprägt. Dieser ist auf den durch den Gesetzgeber im März 2016 geänderten HGB-Referenzzinssatz zurückzuführen. Für die Folgejahre werden hingegen wieder zusätzliche Belastungen aus den Pensionsverpflichtungen der Pfalzwerke Netz AG erwartet.
- Im Zusammenhang mit Pooling-Risiken hat die Pfalzwerke Netz AG Rückstellungen gebildet. Sofern die Pooling-Risiken aufgrund einer rechtskräftigen Urteilsverkündung in 2017 entfallen, muss die bestehende Rückstellung für Pooling-Risiken vollständig ergebniswirksam aufgelöst werden. Vor diesem Hintergrund kann der Ergebnisbeitrag 2017 der Pfalzwerke Netz AG auch das Niveau des Geschäftsjahrs 2016 überschreiten.
- Mit Berücksichtigung der beschriebenen Trends erwartet der Pfalzwerke-Konzern, sofern nicht durch Rückstellungsauflösung für Pooling-Risiken in der Pfalzwerke Netz AG tangiert, eine rückläufige Entwicklung des Jahresüberschusses für 2017.

Ludwigshafen am Rhein, 20. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Werner Hitschler



René Chassein

Konzernabschluss

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA	Anhang	31.12.2016		Vorjahr	
		T€	T€	T€	T€
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.	27.274		28.196	
Sachanlagen		546.436		525.049	
Finanzanlagen	7.	275.170		262.957	
			848.880		816.202
Umlaufvermögen					
Vorräte	8.	12.766		1.868	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.	207.194		229.083	
Wertpapiere	10.	80.903		64.887	
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.	112.685		118.427	
			413.548		414.265
Rechnungsabgrenzungsposten	12.		3.282		1.496
Aktive latente Steuern	13.		2.762		2.913
Summe Aktiva			1.268.472		1.234.876

PASSIVA	Anhang	31.12.2016		Vorjahr	
		T€	T€	T€	T€
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	14.	96.000		96.000	
Rechnerischer Wert der eigenen Anteile		-1.318		-1.278	
Ausgegebenes Kapital		94.682		94.722	
Kapitalrücklage		2.958		2.958	
Gewinnrücklagen	15.	103.302		78.338	
Konzern-Bilanzgewinn	16.	42.534		25.852	
Nicht beherrschende Anteile	17.	3.502		3.982	
			246.978		205.852
Empfangene Ertragszuschüsse	18.		49.439		49.032
Rückstellungen	19.		679.959		657.449
Verbindlichkeiten	20.		291.490		321.756
Rechnungsabgrenzungsposten	21.		606		787
Summe Passiva			1.268.472		1.234.876

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Anhang	2016 T€	Vorjahr T€
Umsatzerlöse	27.	1.572.998	1.704.512
Strom- und Energiesteuer		-117.456	-125.617
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)		1.455.542	1.578.895
Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Vorjahr: Verminderung)		13.476	-14.448
Andere aktivierte Eigenleistungen		10.395	9.645
Sonstige betriebliche Erträge	28.	42.768	50.666
Materialaufwand	29.	-1.229.513	-1.308.080
Personalaufwand	30.	-76.877	-86.645
Abschreibungen	31.	-45.460	-43.772
Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.	-80.288	-86.008
Betriebsergebnis		90.043	100.253
Finanzergebnis	33., 34.	-9.135	-60.794
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35.	-27.217	-26.595
Konzern-Jahresüberschuss		53.691	12.864
Gewinnvortrag		14.784	10.676
Entnahmen aus Gewinnrücklagen wegen Erwerb eigener Anteile	15., 16.	36	36
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	15., 16.	40	44
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	15., 16.	-76	-80
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	15., 16.	0	4.500
Einstellungen in Gewinnrücklagen aus Verkauf eigener Anteile	15., 16.	0	-9
Aufwand aus Wegfall der offenen Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	15., 16.	0	-11
Erlös aus Verkauf eigener Anteile	15., 16.	0	20
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	15., 16.	-25.000	0
Nicht beherrschende Anteile am Konzernergebnis		-941	-2.188
Konzern-Bilanzgewinn		42.534	25.852

Konzern-Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21

	2016 T€	Vorjahr T€
Konzern-Jahresüberschuss	53.691	12.864
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	45.521	44.566
+/- Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-5.095	40.625
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-3.200	1.386
= Brutto-Cashflow	90.917	99.441
+/- Zunahme/Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	16.903	-1.629
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-17.143	22.462
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-40.330	-34.531
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2.117	-5.343
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	6.627	6.243
- Sonstige Beteiligungserträge	-3.102	-2.615
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	27.217	26.595
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-16.516	-28.049
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	66.690	82.574
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-9.549	-7.086
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.424	8.420
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-54.431	-53.629
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	6.698	1.598
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-20.636	-15.500
+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	5.766	0
+ Erhaltene Zinsen	2.232	1.486
+ Erhaltene Dividenden	3.102	2.615
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-65.394	-62.096
= Netto-Cashflow / Übertrag (Summe Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und Cashflow aus der Investitionstätigkeit)	1.296	20.478

	2016 T€	Vorjahr T€
= Netto-Cashflow / Übertrag	1.296	20.478
-/+ Veränderung eigene Anteile	-76	-60
- Auszahlungen aus der Tilgung von Genussscheinen	-762	-695
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	11.290	3.203
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-11.922	-19.647
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen	5.735	3.734
- Gezahlte Zinsen	-8.859	-7.729
- Gezahlte Dividenden an die Anteilseigner der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT	-11.067	-11.071
- Gezahlte Dividenden an Minderheitsgesellschafter	-1.288	-1.537
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.949	-33.802
= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit)	-15.653	-13.324
+ Konsolidierungskreisbedingte Änderung des Finanzmittelfonds	9.911	0
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	118.427	131.751
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode ¹⁾	112.685	118.427

¹⁾ davon von quotal einbezogenen Unternehmen 19.541 T€ (Vorjahr: 12.247 T€)

Der Konzern-Finanzmittelfonds umfasst den in der Bilanz ausgewiesenen Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks.

Konzern-Eigenkapitalspiegel gemäß DRS 7

	Mutterunternehmen					Minderheits-	Konzern	
	Gezeichnetes Kapital		Kapital- rücklage	Erwirtschaftetes Konzern- Eigenkapital	eigene Anteile	Eigenkapital	Minderheiten- kapital	Konzern- Eigenkapital
	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien						
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Stand am 1.1.2015	90.210	5.790	2.958	104.600	-1.245	202.313	3.314	205.627
Ausgabe von Anteilen	0	-	-	9	11	20	-	20
Erwerb eigener Anteile	0	-	-	-36	-44	-80	-	-80
Gezahlte Dividende	0	-	-	-11.071	-	-11.071	-1.537	-12.608
Änderung des Konsolidierungskreises	0	-	-	12	-	12	-	12
Übrige Veränderungen	0	-	-	-	-	0	17	17
	90.210	5.790	2.958	93.514	-1.278	191.194	1.794	192.988
Konzern-Jahresüberschuss	0	-	-	10.676	-	10.676	2.188	12.864
Übriges Konzernergebnis	0	-	-	-	-	0	-	0
Konzern-Gesamtergebnis	0	0	0	10.676	0	10.676	2.188	12.864
Stand am 31.12.2015	90.210	5.790	2.958	104.190	-1.278	201.870	3.982	205.852
Ausgabe von Anteilen	0	-	-	-	-	0	-	0
Erwerb eigener Anteile	0	-	-	-36	-40	-76	-	-76
Gezahlte Dividende	0	-	-	-11.067	-	-11.067	-1.288	-12.355
Änderung des Konsolidierungskreises	0	-	-	-	-	0	-125	-125
Übrige Veränderungen	0	-	-	-1	-	-1	-8	-9
	90.210	5.790	2.958	93.086	-1.318	190.726	2.561	193.287
Konzern-Jahresüberschuss	0	-	-	52.750	-	52.750	941	53.691
Übriges Konzernergebnis	0	-	-	-	-	0	-	0
Konzern-Gesamtergebnis	0	0	0	52.750	0	52.750	941	53.691
Stand am 31.12.2016	90.210	5.790	2.958	145.836	-1.318	243.476	3.502	246.978

Vom erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital unterliegen den gesetzlichen Ausschüttungssperren des § 71 Abs. 2 Satz 2 AktG ein Betrag von 1.318 T€ (Vorjahr: 1.278 T€) sowie des § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB ein Betrag von 46.626 T€ und entfallen 6.642 T€ (Vorjahr: 6.642 T€) auf die gesetzliche Rücklage.

Der aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital ausschüttbare Betrag beläuft sich auf 91.250 T€ (Vorjahr: 96.270 T€).

Konzernanhang des Geschäftsjahres 2016

1. Allgemeine Angaben

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hat ihren Sitz in Ludwigshafen am Rhein und ist eingetragen in das Handelsregister B des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (Handelsregisternummer: HRB 1196).

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, erstellt für das Geschäftsjahr einen Konzernabschluss nach §§ 290 ff. HGB und in Anlehnung an die Vorschriften der Deutschen Rechnungslegungs Standards.

Der Konzernabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, besteht aus der Konzernbilanz, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung, dem Konzern-Eigenkapitalspiegel und dem Konzernanhang.

Der Konzernabschluss wird in Euro (€) aufgestellt und in T€ veröffentlicht. Der vorliegende Abschluss umfasst das Geschäftsjahr 2016 auf der Basis der Berichtsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember des Jahres.

Der Konzern wendet die durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften gemäß Art. 75 Abs. 1 EGHGB erstmalig für das Geschäftsjahr 2016 an. Durch das BilRUG entfallen im Gliederungsschema zur Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) die Posten „außerordentliche Erträge“ und „außerordentliche Aufwendungen“ sowie dementsprechend die Zwischenergebnisse „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ und „außerordentliches Ergebnis“. Die Darstellung des Vorjahres wurde entsprechend angepasst.

Durch die Neudefinition der Umsatzerlöse in § 277 Abs. 1 HGB haben sich Verschiebungen von den sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse ergeben. Auf Grund der geänderten Umsatzerlösdefinition weisen wir gemäß Art. 75 Abs. 2 EGHGB auf die fehlende Vergleichbarkeit der Umsatzerlöse mit den Vorjahreszahlen hin. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit werden die angepassten Vorjahresbeträge in den Erläuterungen zu den Umsatzerlösen dargestellt.

Der Ausweis der Konzessionsabgaben hat sich geändert. Die Konzessionsabgabe fällt abhängig von der abgegebenen Leistungsmenge des Netzbetreibers an. Auf Grund des unmittelbaren Bezugs zur Höhe der Umsatzerlöse erfolgt ein Ausweis nunmehr unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen im Materialaufwand (bisher Sonstige betriebliche Aufwendungen). Zur Herstellung der Vergleichbarkeit werden die angepassten Vorjahresbeträge in den Erläuterungen zum Materialaufwand dargestellt.

Soweit nicht durch das BilRUG berührt, wurden die Gliederungs-, Ausweis- und Bewertungsgrundsätze gegenüber dem Vorjahr beibehalten.

In der Konzernbilanz sowie in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind aus Gründen einer verbesserten Übersicht Posten zusammengefasst, die im Konzernanhang jedoch gesondert aufgegliedert werden. Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Konzernbilanz dargestellten Anlagevermögens zeigt der im Konzernanhang enthaltene Anlagepiegel.

Für die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

2. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss einbezogen sind neben der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, alle operativen Tochtergesellschaften, die die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, unmittelbar oder mittelbar beherrscht.

Wesentliche Gemeinschaftsunternehmen werden entsprechend dem Anteil am Stammkapital konsolidiert. Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nach der Equity-Methode bilanziert.

Die in den Konzernabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, zum 31. Dezember 2016 einbezogenen Unternehmen werden gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB in der Anteilsliste im Abschnitt Nr. 7 Finanzanlagen dargestellt.

In den Konsolidierungskreis wurden im Berichtsjahr insgesamt 36 (Vorjahr: 39) Gesellschaften einbezogen. Davon wurden 19 (Vorjahr: 21) Gesellschaften voll- und 3 (unverändert zum Vorjahr) Gesellschaften quotenkonsolidiert sowie 14 (Vorjahr: 15) Gesellschaften at equity bilanziert.

Erst- und Entkonsolidierungen erfolgen grundsätzlich zum Zeitpunkt der Übernahme bzw. Aufgabe der Beherrschung. Im Geschäftsjahr wurde die Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim, erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen und zum 1. Januar 2016 erstkonsolidiert. Bislang wurden deren Anteile im Konzernabschluss nur zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurden die Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH, Frankenthal, und die Kraft Wärme Wörth GmbH, Ludwigshafen am Rhein, auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, durch Aufnahme verschmolzen. Die Network Engineering GmbH, Speyer, eine Beteiligung der PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein, wurde erstmalig at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die Beteiligungen an der Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH, Oldenburg, und an der FAMIS Gesellschaft für Facility Management und Industrieservices mbH, Saarbrücken, wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 veräußert und folglich entkonsolidiert. Die VENT PALATIN SAS, Landunvez (Frankreich), wurde zum selben Zeitpunkt auf die pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, durch Aufnahme verschmolzen.

Unter Anwendung von § 296 Abs. 2 HGB wird auf die Einbeziehung der Pfalzsolar Solarpark XVII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, der Pfalzsolar Solarpark XVIII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, der Pfalzsolar Solarpark XIX GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, und der Pfalzsolar Inc., Atlanta (USA), in den Konzernabschluss verzichtet. Unter Anwendung von § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB werden die Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG, Kindenheim, die Drove Lane Solar Park C.I.C, Guildford (GBR), die New Mains of Guynd Solar Park C.I.C, Glasgow (GBR), und die Swanland Road Solar Limited, Nottingham (GBR), ebenfalls nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auf eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung bei Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die at equity bilanziert werden, wurde nach § 312 Abs. 5 HGB verzichtet, da ihre Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Pfalzwerke-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Kapitalkonsolidierung für die **vollkonsolidierten Unternehmen** erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB nach der Neubewertungsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen beizulegenden Zeitwert des Eigenkapitals der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile bzw. zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss gemäß § 301 Abs. 2 HGB. Für Erwerbsvorgänge und Gesellschaftsgründungen vor dem 1. Januar 2010 wird unverändert die Buchwertmethode angewendet.

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung werden, vor dem Hintergrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns, Lieferungs- und Leistungsgeschäfte mit at equity einbezogenen Unternehmen nicht eliminiert.

Durch konzerninterne Lieferungen und Leistungen, die zum Ende des Geschäftsjahres den Bestand an unfertigen Erzeugnissen erhöht haben, sind Zwischenergebnisse angefallen. Diese Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Konsolidierung nach § 304 Abs. 1 HGB eliminiert, sofern sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Bildung von latenten Steuern erfolgt ausschließlich aus Konsolidierungsvorgängen nach § 306 HGB. Für die Ermittlung latenter Steuern auf Grund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder auf Grund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst.

Wesentliche Gemeinschaftsunternehmen (Beteiligungsquote 50 %) werden quotal in den Konzernabschluss einbezogen, wenn das Unternehmen zusammen mit einem anderen Unternehmen gemeinschaftlich geführt wird. Die Konsolidierung der Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach den gleichen, oben genannten Grundsätzen.

Sofern von einem in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ein maßgeblicher Einfluss auf die Geschäfts- und Firmenpolitik eines nicht einbezogenen Unternehmens, an dem das Unternehmen mindestens mit 20 % beteiligt ist, ausgeübt wird, so ist diese **Beteiligung in der Konzernbilanz at equity** bewertet. Der nach der Equity-Methode bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert wird gemäß der Buchwertmethode im Beteiligungsansatz ausgewiesen. In Anbetracht der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns unterbleibt bei at equity bilanzierten Unternehmen die Zwischenergebniseliminierung nach § 304 HGB.

Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote kleiner 50 %, auf die kein maßgeblicher Einfluss auf die Geschäfts- und Firmenpolitik ausgeübt wird, werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung vorgenommener Abschreibungen bewertet.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und unter Zugrundelegung ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge bei den Sachanlagen (ggf. einschließlich aktivierter Eigenleistungen) sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Konzern-Herstellungskosten umfassen die Materialeinzelkosten, die Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung und angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten, des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, sowie angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten. Erhaltene öffentliche Kapitalzuschüsse für Straßenbeleuchtungsanlagen werden aktivisch abgesetzt.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliche Sachanlagen werden grundsätzlich linear, in Altfällen (Zugänge bis 1995) stufendegressiv im Bereich der Stromversorgung und im Bereich der Gasversorgung vorgenommen.

Bei beweglichen Sachanlagen (Zugänge bis 2007) wird überwiegend von der degressiven Abschreibungsmethode Gebrauch gemacht. Der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Zugänge ab dem 1. Januar 2008 werden linear abgeschrieben. Für Zugänge von beweglichen Sachanlagen werden die Abschreibungen im Zugangsjahr pro rata temporis berücksichtigt. Von der Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 4 EGHGB, nach der Vermögensgegenstände, die vor dem 1. Januar 2010 degressiv abgeschrieben wurden, fortgeführt werden können, wurde Gebrauch gemacht.

Den Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen zu Grunde.

Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgen konzernweit grundsätzlich linear. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

In Anlehnung an § 6 Abs. 2 EStG werden Anschaffungs- oder Herstellungskosten von abnutzbaren beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind, von bis zu 150 € im Geschäftsjahr der Anschaffung in voller Höhe als Aufwand behandelt.

Bei Anschaffungs- und Herstellungskosten zwischen 150 € und 1.000 € erfolgt in Anlehnung an § 6 Abs. 2a EStG die Aktivierung in einem Sammelposten. Die Sammelposten werden im Zugangsjahr der Bildung und den folgenden vier Geschäftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst.

Anteile an verbundenen Unternehmen (sofern nicht konsolidiert gemäß § 296 HGB), Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens, Ausleihungen sowie von den Gesellschaften gewährte Darlehen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zum Nominalwert angesetzt bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert, sofern die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist. Rückdeckungsversicherungen sind mit dem Rückkaufswert bilanziert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen sowie fertige Erzeugnisse und Waren sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet bzw. werden - unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips - mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die Herstellungskosten der Vorräte umfassen die gleichen Bestandteile wie die Herstellungskosten der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen werden nach dem Wahlrecht des § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB offen im Posten Vorräte abgesetzt und nicht gesondert in den Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder zum Barwert bewertet.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Der Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks werden mit dem Nominalwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen im Geschäftsjahr ausgewiesen, die erst in Folgejahren aufwandswirksam werden.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,96 % zu Grunde gelegt (unverändert zum Vorjahr). Wesentliche aktive latente Steuern ergaben sich aus der unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Bewertung bei den Pensionsrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen.

Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt nach § 274 HGB i.V.m. § 298 Abs. 1 HGB in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts. Die Bildung von aktiven latenten Steuern erfolgt ausschließlich aus Konsolidierungsvorgängen nach § 306 HGB.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden auf Grund der Allgemeinen Versorgungsbedingungen und besonderer Vereinbarungen erhoben. Die Bildung von Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse und andere Kapitalzuschüsse (Investitionszuschüsse) für den Strom-, Wärme- und Gasbereich erfolgt in Höhe des auf den jeweiligen Vermögensgegenstand entfallenden (Teil des) Zuschussbetrages („passivischer Bruttoausweis“).

Die Sonderposten werden zeitanteilig – vergleichbar mit der Jahresabschreibung – über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes erfolgswirksam aufgelöst. Die Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse erfolgt über die Umsatzerlöse und die Auflösung der Investitionszuschüsse über die Sonstigen betrieblichen Erträge.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden im Pfalzwerke-Konzern auf Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck ermittelt. Es sind alle Verpflichtungen aus den geltenden Versorgungszusagen passiviert.

Für die Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde der durchschnittliche Marktzinssatz von 4,01 % (Vorjahr: 3,89 %) gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) vom 18. November 2009 verwendet. Im Berichtsjahr wurde der Betrachtungszeitraum für die Berechnung des Durchschnitts-

zinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB von 7 auf 10 Jahre verlängert. Erwartete jährliche Einkommensentwicklungen wurden mit 2,75 % (unverändert zum Vorjahr) und erwartete Rentenanpassungen mit 1,80 % (unverändert zum Vorjahr) berücksichtigt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Geschäftsjahre unter Anwendung der Nettomethode abgezinst. In Anwendung des in Art. 67 Abs. 3 EGHGB eingeräumten Wahlrechts wurden Rückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB in der bis zum 28. Mai 2008 geltenden Fassung beibehalten (Aufwandsrückstellungen).

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einnahmen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurde dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet.

5. Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte					Stand Ende Berichtsjahr
	Stand	Veränderung			Abgänge	
	Anfang	Um-	Konsolidie-	T€		
	Berichtsjahr	Zugänge	buchungen			
	T€	T€	T€	T€	T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Software	45.183	7.804	2.618	-59	-	55.546
Geschäfts- oder Firmenwert	8.115	-	-	-5.534	-	2.581
Geleistete Baukostenzuschüsse	14.920	11	-	-	-	14.931
Geleistete Anzahlungen	4.698	1.734	-2.620	-	-	3.812
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	72.916	9.549	-2	-5.593	0	76.870
Sachanlagen						
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	116.265	943	84	-61	1.778	115.453
Technische Anlagen und Maschinen	1.464.863	18.200	16.853	9.516	14.626	1.494.806
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.031	6.868	768	-459	2.572	49.636
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.733	28.420	-17.703	-16	19	41.415
Sachanlagen gesamt	1.656.892	54.431	2	8.980	18.995	1.701.310
Finanzanlagen						
Anteile an verbundenen Unternehmen ¹⁾	2.403	2.504	-	-2.403	-	2.504
Beteiligungen	34.553	61	-	-	3.173	31.441
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	15.605	740	-	-	3.471	12.874
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.234	-	-	-	38	1.196
Wertpapiere des Anlagevermögens	208.820	17.500	-	-	-	226.320
Sonstige Ausleihungen	92	-	-	-1	16	75
Rückdeckungsversicherung	3.176	571	-	-	-	3.747
Finanzanlagen gesamt	265.883	21.376	0	-2.404	6.698	278.157
Anlagevermögen gesamt	1.995.691	85.356	0	983	25.693	2.056.337

¹⁾ Dabei handelt es sich um Anteile an verbundenen Unternehmen, die unter Anwendung von § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden. Detaillierte Angaben befinden sich in den Ausführungen zum Konsolidierungskreis in Abschnitt Nr. 2 und zu den Finanzanlagen in Abschnitt Nr. 7 des Anhangs.

kumulierte Abschreibungen

Stand	Ab-	Veränderung				Stand		
Anfang	schreibungen	Um-	Konsolidierungs-		Zu-	Ende	Buchwerte	Buchwerte
Berichtsjahr	Berichtsjahr	buchungen	kreis	Abgänge	schreibungen	Berichtsjahr	31.12.2016	Vorjahr
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
34.272	5.612	-	-54	-	-	39.830	15.716	10.911
2.982	48	-	-735	-	-	2.295	286	5.133
7.466	5	-	-	-	-	7.471	7.460	7.454
0	-	-	-	-	-	0	3.812	4.698
44.720	5.665	0	-789	0	0	49.596	27.274	28.196
71.047	1.673	-	-59	1.740	-	70.921	44.532	45.218
1.024.341	35.278	-	-920	11.193	-	1.047.506	447.300	440.522
36.455	2.844	-	-331	2.521	-	36.447	13.189	8.576
0	-	-	-	-	-	0	41.415	30.733
1.131.843	39.795	0	-1.310	15.454	0	1.154.874	546.436	525.049
0	-	-	-	-	-	0	2.504	2.403
2.926	61	-	-	-	-	2.987	28.454	31.627
0	-	-	-	-	-	0	12.874	15.605
0	-	-	-	-	-	0	1.196	1.234
0	-	-	-	-	-	0	226.320	208.820
0	-	-	-	-	-	0	75	92
0	-	-	-	-	-	0	3.747	3.176
2.926	61	0	0	0	0	2.987	275.170	262.957
1.179.489	45.521	0	-2.099	15.454	0	1.207.457	848.880	816.202

Im Geschäftsjahr gibt es keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (Vorjahr: 879 T€).

Erläuterungen zur Bilanz

6. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Immateriellen Vermögensgegenstände enthalten u. a. einen Geschäfts- oder Firmenwert aus dem Jahr 2008 in Höhe von 286 T€ (Vorjahr: 334 T€). Die Abschreibung erfolgt in Anlehnung an die geschäftsübliche Vertragsstruktur im Leitungsbau über eine Nutzungsdauer von 15 Jahren.

Die Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH, Oldenburg, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 veräußert. Infolgedessen ist der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Erstkonsolidierung der Gesellschaft entstanden war und zum Bilanzstichtag des Vorjahres 4.799 T€ betrug, im Rahmen der Entkonsolidierung abgegangen.

7. Finanzanlagen

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.504	2.403
Beteiligungen	28.454	31.627
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	12.874	15.605
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.196	1.234
Wertpapiere des Anlagevermögens	226.320	208.820
Sonstige Ausleihungen	75	92
Rückdeckungsversicherung	3.747	3.176
	275.170	262.957

Bei den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** handelt es sich um Anteile an Gesellschaften, die unter Anwendung von § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden.

Bei den **Wertpapieren des Anlagevermögens** handelt es sich ausschließlich um Anteile an einem Spezialfonds. In Höhe von 17.500 T€ wurden neue Fondsanteile angeschafft. Das Sondervermögen ist als Gegenposition zu bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen - aus Pensionsansprüchen und ähnlichen Verpflichtungen - zu verstehen und strebt als Anlageziel eine langfristige, wertbeständige und auf Ertrag orientierte Anlageform an. Der Marktwert (Inventarwert) beträgt 240.220 T€. Die positive Differenz zum Buchwert beläuft sich auf 13.900 T€. Die im Geschäftsjahr 2016 erfolgte Ausschüttung beträgt 5.087 T€. Es gibt keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen.

Für bestehende **Rückdeckungsversicherungen** wird der Rückdeckungsanspruch unter den Finanzanlagen aktiviert. Die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen i.S.d. § 298 Abs. 1 i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB) wurden mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Rückkaufswert der Rückdeckungsversicherung) mit den Rückstellungen verrechnet.

Angaben zum Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB

	31.12.2016
Verbundene Unternehmen (vollkonsolidierte Unternehmen) ¹⁾	Anteil am Kapital in %
Pfalzwerke geofuture GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzwerke Infrastruktur GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzwerke Service GmbH, Ludwigshafen am Rhein ²⁾	100,00
Repa GmbH Elektrotechnik, Landau in der Pfalz	100,00
Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim ³⁾	70,00
FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Ramstein-Miesenbach	65,00
Neue Energie Neuhofen GmbH, Neuhofen	51,00
Neue Energie Verbandsgemeinde Lingenfeld GmbH, Lingenfeld	51,00
PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00
MAnet GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00
PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein ⁴⁾	100,00
Pfalzsolar Betriebsführungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein ⁵⁾	100,00
Pfalzsolar Solarpark II GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzsolar Solarpark III GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzsolar Solarpark IV GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00
Pfalzsolar Solarpark V GmbH & Co. KG, Nobitz	100,00
Pfalzsolar Solarpark I GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	52,50

¹⁾ Die im Vorjahr unter den Verbundenen Unternehmen aufgeführten Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH, Frankenthal, und Kraft Wärme Wörth GmbH, Ludwigshafen am Rhein, wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, durch Aufnahme verschmolzen. Zum selben Zeitpunkt wurden die Anteile an der Projekt Projektierungsgesellschaft für regenerative Energiesysteme mbH, Oldenburg, veräußert. Die am 17. Mai 2016 gegründete Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG, Kindenheim, wurde unter Anwendung von § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen, weil deren Anteile zur Weiterveräußerung gehalten werden. Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein.

²⁾ Die Pfalzwerke Service GmbH, Ludwigshafen am Rhein, ist unbeschränkt haftender Gesellschafter der Pfalzwerke Neue Energie Oberndorf GmbH & Co. KG, Oberndorf, und der Pfalzwerke Neue Energie Göllheim GmbH & Co. KG, Göllheim.

³⁾ Die Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim, wurde im Berichtszeitraum erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen. Darüber hinaus hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, ihren Anteilsbesitz an dieser Gesellschaft mit Wirkung zum 31. Mai 2016 auf 70 % reduziert.

⁴⁾ Bei den folgenden Gesellschaften handelt es sich um 100 %-ige Tochtergesellschaften der PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein, die unter Anwendung von § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden: Die Pfalzsolar Solarpark XVII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, die Pfalzsolar Solarpark XVIII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, die Pfalzsolar Solarpark XIX GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, die Drove Lane Solar Park C.I.C, Guildford (GBR), die New Mains of Guynd Solar Park C.I.C, Glasgow (GBR), die Swanland Road Solar Limited, Nottingham (GBR), und die Pfalzsolar Inc., Atlanta (USA).

⁵⁾ Die Pfalzsolar Betriebsführungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein, ist unbeschränkt haftender Gesellschafter der Pfalzsolar Solarpark XVII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, der Pfalzsolar Solarpark XVIII GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, und der Pfalzsolar Solarpark XIX GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein.

	31.12.2016
Gemeinschaftsunternehmen (quotenkonsolidierte Unternehmen)	Anteil am Kapital in %
Pfalzgas GmbH, Frankenthal	50,00
pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein	50,00
VOLTARIS GmbH, Maxdorf	50,00
Assoziierte Unternehmen (at equity-Bewertung) ¹⁾	
Enovos Pfalzwerke Beteiligungsgesellschaft St. Ingbert mbH, St. Ingbert	50,00
NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH (NERo), Rockenhausen	50,00
Neue Energie Landkreis Kaiserslautern GmbH, Kaiserslautern	50,00
Neue Energie Rhein-Pfalz-Kreis GmbH, Ludwigshafen am Rhein	50,00
Pfalzwerke Neue Energie Oberndorf GmbH & Co. KG, Oberndorf	50,00
prego services GmbH, Saarbrücken	50,00
Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH, Kusel	49,00
BESTEC GmbH, Kandel	48,98
BioEnergie Maikammer GmbH, Maikammer	45,00
Neue Energie Donnersbergkreis GmbH, Kirchheimbolanden	44,90
TWL-Kom GmbH, Ludwigshafen am Rhein ²⁾	40,00
Pfalzwerke Neue Energie Göllheim GmbH & Co. KG, Göllheim	33,33
Network Engineering GmbH, Speyer ^{2) 3)}	25,30
Energiegesellschaft Südwestpfalz GmbH, Pirmasens	25,10
Übrige Beteiligungsunternehmen (Eigenkapital) ^{4) 5)}	
BioEnergie Südpfalz GmbH & Co. KG, Freckenfeld (Eigenkapital -1.432 T€) ⁶⁾	26,49
Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH, Neustadt an der Weinstraße (Eigenkapital 27.446 T€)	24,90
Wärme-Service Zweibrücken GmbH (WSZ), Zweibrücken (Eigenkapital 944 T€)	24,50
Stadtwerke Bliestal GmbH, Blieskastel (Eigenkapital 11.014 T€)	23,50
Stadtwerke Lambrecht (Pfalz) GmbH, Lambrecht (Pfalz) (Eigenkapital 4.363 T€)	20,00

¹⁾ Die im Vorjahr unter den Assoziierten Unternehmen aufgeführte VENT PALATIN SAS, Landunvez (Frankreich), wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, durch Aufnahme verschmolzen. Ebenfalls mit Rückwirkung zum 1. Januar 2016 wurden die Anteile an der FAMIS Gesellschaft für Facility Management und Industrieservices mbH, Saarbrücken, veräußert.

²⁾ Beteiligung der PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein.

³⁾ Die Anteile an der Gesellschaft wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 erworben.

⁴⁾ Sämtliche Angaben stammen aus den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2015.

⁵⁾ Die Angaben der Geschäftsergebnisse unterbleiben nach § 313 Abs. 3 Satz 1 HGB.

⁶⁾ Über das Vermögen der Gesellschaft wurde mit Beschluss des Amtsgerichts – Insolvenzgerichts – Landau in der Pfalz vom 2. November 2016 das Insolvenzverfahren eröffnet.

Die **Assoziierten Unternehmen** sowie die Gemeinschaftsunternehmen, die nicht quotenkonsolidiert werden, sind nach der Equity-Methode bewertet, bei der die Buchwerte der Beteiligungen jährlich um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen angepasst werden. Die aktivischen Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung in Höhe von 3.438 T€ werden über einen Zeitraum von 15 bzw. 20 Jahren abgeschrieben.

8. Vorräte

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.369	2.273
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	23.829	10.957
Fertige Erzeugnisse und Waren	704	806
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-14.136	-12.168
	12.766	1.868

9. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	176.289	190.915
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	415	273
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.544	13.032
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.544	13.032
davon sonstige Forderungen	0	0
Forderungen gegen assoziierte Unternehmen	420	1.088
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	384	1.060
davon sonstige Forderungen	36	28
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	977	963
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	109	58
davon sonstige Forderungen	868	905
Sonstige Vermögensgegenstände	17.964	23.085
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	75	2.154
	207.194	229.083

Für die unter den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** ausgewiesenen - erst nach Durchführung der Jahresverbrauchsabrechnung in genauer Höhe feststehenden - Forderungen aus Energielieferungen an Letztverbraucher und Weiterverteiler werden zählpunktscharfe Schätzungen angesetzt.

Bei den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** handelt es sich um Forderungen gegen Tochterunternehmen, die unter Anwendung von § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden.

10. Wertpapiere

Darin enthalten sind ausschließlich **Sonstige Wertpapiere** mit 80.903 T€ (Vorjahr: 64.887 T€), insbesondere Anleihen, Aktien, Investmentfonds und Zertifikate.

11. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Kassenbestand und Schecks	73	80
Guthaben bei Kreditinstituten	112.612	118.347
	112.685	118.427

12. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Gesamtbetrag von 3.282 T€ (Vorjahr: 1.496 T€) umfasst im Voraus geleistete Auszahlungen in Höhe von 2.919 T€ (Vorjahr: 1.045 T€) sowie Disagien auf erhaltene Darlehen in Höhe von 363 T€ (Vorjahr: 451 T€).

13. Aktive latente Steuern

Die **Aktiven latenten Steuern** nach § 306 HGB resultieren ausschließlich aus ergebniswirksamen Vorgängen im Rahmen der Konsolidierung.

14. Gezeichnetes Kapital

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Stammaktien		
davon Inhaberaktien (1.703.680 Stück)	87.478	87.478
davon Namensaktien (53.240 Stück)	2.732	2.732
Stimmrechtslose Vorzugsaktien (112.772 Stück)	5.790	5.790
Rechnerischer Wert der eigenen Anteile	-1.318	-1.278
Ausgegebenes Kapital	94.682	94.722

Das **Grundkapital** (96.000 T€) der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, ist eingeteilt in 1.869.692 nennwertlose Stückaktien.

Die ausgegebenen Urkunden über Nennbetragsaktien bleiben gültig, wobei jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 1.000 DM zehn Stückaktien bzw. jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 100 DM eine Stückaktie verbrieft.

Bei den **Stimmrechtslosen Vorzugsaktien** handelt es sich um vinkulierte Namensaktien, die mit einer garantierten Vorzugsdividende von 2,80 € je Stückaktie ausgestattet sind.

Auf Grund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 6. Mai 2014 (gültig bis 5. Mai 2019), hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 insgesamt 775 Stück (1. Quartal: 283 Stück.; 2. Quartal: 285 Stück; 3. Quartal: 103 Stück; 4. Quartal: 104 Stück) eigene Stimmrechtslose Vorzugsaktien von ausgeschiedenen bzw. verstorbenen Mitarbeitern(innen) zum Durchschnittskurs von 98,25 € im rechnerischen Wert von 39.792,65 € (0,04 % des Grundkapitals) erworben.

Am 31. Dezember 2016 befanden sich 25.670 Stück eigene Stimmrechtslose Vorzugsaktien im rechnerischen Wert von 1.318.035,28 € (1,37 % des Grundkapitals) im Bestand.

15. Gewinnrücklagen

	1.1.2016	Entnahmen	Einstellungen	31.12.2016
	T€	T€	T€	T€
Gesetzliche Rücklage	6.642	-	-	6.642
Andere Gewinnrücklagen	71.696	-36	25.000	96.660
	78.338	-36	25.000	103.302

In die **Anderen Gewinnrücklagen** wurden aus dem Jahresüberschuss 25.000 T€ eingestellt. Die Anderen Gewinnrücklagen sind in Höhe von 1.318 T€ auf Grund eigener Anteile ausschüttungsgesperrt (§ 71 Abs. 2 Satz 2 AktG).

Die **Anderen Gewinnrücklagen** veränderten sich insgesamt wie folgt:

	2016 T€	Vorjahr T€
Stand am Jahresanfang	71.696	76.223
Entnahmen aus Gewinnrücklagen wegen Erwerb eigener Anteile	-36	-36
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	0	-4.500
Einstellungen in Gewinnrücklagen aus Verkauf eigener Anteile	0	9
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	25.000	0
Stand am Jahresende	96.660	71.696

16. Konzern-Bilanzgewinn

	31.12.2016 T€	Vorjahr T€
Konzern-Jahresüberschuss	53.691	12.864
Gewinnvortrag	14.784	10.676
Entnahmen aus Gewinnrücklagen wegen Erwerb eigener Anteile	36	36
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	40	44
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	-76	-80
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	0	4.500
Einstellungen in Gewinnrücklagen aus Verkauf eigener Anteile	0	-9
Aufwand aus Wegfall der offenen Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	0	-11
Erlös aus Verkauf eigener Anteile	0	20
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-25.000	0
Nicht beherrschende Anteile am Konzernergebnis	-941	-2.188
Konzern-Bilanzgewinn	42.534	25.852

17. Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter

Die Anteile anderer Gesellschafter betreffen die nicht beherrschenden Anteile an der Neue Energie Verbandsgemeinde Lingenfeld GmbH, Lingenfeld, (49,00 %), der Neue Energie Neuhofen GmbH, Neuhofen, (49,00 %), der Pfalz solar Solarpark I GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, (47,50 %), der FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Ramstein-Miesenbach, (35,00 %) und der Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim, (30,00 %).

18. Empfangene Ertragszuschüsse

	2016 T€	Vorjahr T€
Stand am Jahresanfang	49.032	51.041
Abgang	-19	-135
Zugang	5.754	3.869
Auflösung	-5.328	-5.743
Stand am Jahresende	49.439	49.032

Die **Empfangenen Ertragszuschüsse** wurden von Kunden für Energieversorgungsanschlüsse und -anlagen geleistet.

19. Rückstellungen

	31.12.2016 T€	Vorjahr T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	435.550	442.922
Steuerrückstellungen	21.853	13.728
Sonstige Rückstellungen	222.556	200.799
	679.959	657.449

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** haben sich wie folgt entwickelt:

	2016 T€	Vorjahr T€
Stand am Jahresanfang	442.922	406.153
Vermögensübertragung	146	113
Inanspruchnahme ¹⁾	-24.057	-23.922
Auflösung	-3.327	-180
Zuführung	19.866	60.758
davon Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB	10.116	1.124
Stand am Jahresende	435.550	442.922

¹⁾ Die Inanspruchnahme enthält die Verrechnung mit Deckungsvermögen.

Im Berichtsjahr wurden **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** in Höhe von 439.327 T€ (Vorjahr: 446.659 T€) mit Deckungsvermögen in Höhe von 3.777 T€ (Vorjahr: 3.737 T€) bei Anschaffungskosten von 3.787 T€ (unverändert zum Vorjahr) verrechnet.

Seit 2010 wurden jährlich 1/15 (1.124 T€) des sich unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB aus der Änderung der Rückstellungsbilanzierung nach §§ 249 Abs. 1 Satz 1, 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB durch das BilMoG ergebenden Unterschiedsbetrags den **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche**

Verpflichtungen zugeführt. Im Berichtsjahr wurde nunmehr der noch anzusammelnde Betrag von 10.116 T€ in voller Höhe in die Rückstellung eingestellt, so dass zum Jahresende keine Unterdeckung der Pensionsrückstellung gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB mehr besteht. Durch den Wegfall der Außerordentlichen Aufwendungen in der GuV durch das BilRUG sind die Unterschiedsbeträge aus den Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB (BilMoG-Anpassungsbeträge) unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen auszuweisen. Damit wird das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr entsprechend niedriger ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurde der Betrachtungszeitraum für die Berechnung des Durchschnittzinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB von 7 auf 10 Jahre verlängert. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Bilanzansätzen von Pensionsrückstellungen bei einer Bewertung mit dem 10- und dem 7-Jahresdurchschnittzinssatz gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 46.626 T€.

Die **Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen** betragen zum Bilanzstichtag 5.827 T€ (Vorjahr: 5.391 T€).

Die **Sonstigen Rückstellungen** stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Personalbereich	26.046	29.160
Liefer- und Leistungsgeschäfte	93.026	76.519
Unterlassene Instandhaltung	3.220	5.149
davon nach Beibehaltungswahlrecht (Art. 67 Abs. 3 EGHGB)	0	97
Übrige Verpflichtungen	100.264	89.971
	222.556	200.799

Die **Übrigen Verpflichtungen** setzen sich im Wesentlichen aus den Rückstellungen für gesetzliche und vertragliche Risiken zusammen.

20. Verbindlichkeiten

	31.12.2016	davon mit einer Restlaufzeit			Vorjahr
		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€
Genussscheinkapital	0	-	-	-	762
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	164.645	19.772	144.873	67.387	157.313
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76.476	76.476	-	-	88.498
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	22	22	-	-	52
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22				52
davon sonstige Verbindlichkeiten	0				0
Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	74	74	-	-	235
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8				169
davon sonstige Verbindlichkeiten	66				66
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.271	2.138	1.133	1.133	5.874
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.197				938
davon sonstige Verbindlichkeiten	2.074				4.936
Sonstige Verbindlichkeiten	47.002	43.683	3.319	1.987	69.022
davon aus Steuern	25.157				37.640
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	100				113
	291.490	142.165	149.325	70.507	321.756

Die **Verbindlichkeiten für Genussscheine** sind im Jahr 2012 auf die Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, übertragen worden. Zum 31. Dezember 2016 endete die Laufzeit der letzten Genussscheintranche nach zwanzigjähriger Laufzeit. Der Grundbetrag von insgesamt 762 T€ wurde zum Bilanzstichtag in voller Höhe zurückgezahlt. Die noch ausstehenden Zinsen für 2016 werden bei Fälligkeit überwiesen.

Die **Verbindlichkeiten** sind bis auf die üblichen Eigentumsvorbehalte unbesichert.

Die unter den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** ausgewiesenen Bankkredite der Konzerngesellschaften, die Investitionen in Erneuerbare Energien über Projektfinanzierungen realisiert haben, sind besichert. Dies gilt

u. a. für die Pfalzsolar Solarpark I GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, in Höhe von 2.695 T€ (Vorjahr: 3.035 T€), die Pfalzsolar Solarpark II GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, in Höhe von 6.223 T€ (Vorjahr: 6.742 T€), die Pfalzsolar Solarpark V GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein, in Höhe von 12.052 T€ (Vorjahr: 12.997 T€), die Neue Energie Verbandsgemeinde Lingenfeld GmbH, Lingenfeld, in Höhe von 2.179 T€ (Vorjahr: 2.323 T€), die Neue Energie Neuhofen GmbH, Neuhofen, in Höhe von 299 T€ (Vorjahr: 330 T€), die Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim, in Höhe von 7.382 T€ und die pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, in Höhe von 24.263 T€ (Vorjahr: 28.239 T€).

Die Sicherheiten bestehen im Wesentlichen aus Pfandrechten oder ähnlichen Rechten, in Form sicherungsübereigener Windenergie- oder Solaranlagen und der Abtretung von Einspeiseerlösen. Bei der pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, besteht darüber hinaus noch eine First-Loss-Garantie der Gesellschafter PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, und der Mainzer Erneuerbare Energien GmbH (100 %-Tochterunternehmen der Mainzer Stadtwerke AG, Mainz).

Bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, sind Darlehen von 10.410 T€ (Vorjahr: 11.303 T€) durch Verpfändung von Wertpapieren und Guthabenkonten in Höhe von 9.500 T€ besichert.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen, die unter Anwendung von § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden.

21. Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält Zahlungen von Kunden für nach dem Bilanzstichtag erbrachte Leistungen in Höhe von 606 T€ (Vorjahr: 787 T€).

22. Haftungsverhältnisse nach § 251 i.V.m. § 298 Abs. 1 HGB

	31.12.2016	Vorjahr
	T€	T€
Bürgschaften/Garantien/Sicherheitsleistungen ¹⁾	10.257	11.007
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	250	250
Haftungsverhältnisse auf Grund Patronatserklärungen ²⁾	0	500
	10.257	11.507

¹⁾ Die Garantien sind mit jährlichen Höchstbeträgen berücksichtigt.

²⁾ Gegenüber folgenden assoziierten Unternehmen bestehen Patronatserklärungen mit einem nicht quantifizierten Höchstbetrag: prego services GmbH, Saarbrücken, VOLTARIS GmbH, Maxdorf, und Pfalzwerke Neue Energie Oberndorf GmbH & Co. KG, Oberndorf, zugunsten der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin.

Entsprechend der im Risikomanagement definierten Kriterien ist das Risiko der Inanspruchnahme der hier ausgewiesenen Posten zu gering, um sie als Rückstellung zu passivieren.

23. Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB

Wesentliche nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB liegen im Berichtsjahr nicht vor.

24. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte nach § 314 Abs. 1 Nr. 2 HGB

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 2 HGB betreffen Verpflichtungen aus Leasing- und Mietverträgen in Höhe von 42.066 T€ (Vorjahr: 41.249 T€). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

Bei den nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften nach § 314 Abs. 1 Nr. 2 HGB handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen, KFZ-Leasingverträgen, Mietverträgen für IT-Hardware sowie Verpflichtungen über die Anmietung von Datenstrecken, Allokationsräumen und Telekommunikationseinrichtungen. Diese Verträge stellen eine Finanzierungsalternative dar, durch die im Wesentlichen eine Liquiditäts- und Eigenkapital-schonung erreicht wird. Ein Risiko besteht dann, wenn die gepachteten, geleasten und/oder gemieteten Gegenstände nicht dauerhaft benötigt werden. Eine Chance besteht darin, dass durch die Pacht- und Mietverträge das wirtschaftliche Risiko nicht auf die Gesellschaften übergeht. Als weitere Vorteile sind vor allem die Flexibilität hinsichtlich Verfügbarkeit und Preisgestaltung zu nennen.

25. Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 2a HGB

Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ist der Pfalzwerke-Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 314 Abs. 1 Nr. 2a HGB eingegangen. Diese ergeben sich aus dem Bestellobligo aus begonnenen Investitionsprojekten in Höhe von 32.878 T€ (Vorjahr: 24.368 T€). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

26. Derivative Finanzinstrumente

Angaben nach § 314 Nr. 11 und Nr. 15 HGB

Bei den bilanzierten Finanzinstrumenten stellen die ausgewiesenen Beträge der finanziellen Vermögenswerte und Schulden das maximale Bonitäts- oder Ausfallrisiko dar. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfall-/Kursrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten sind in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Bei den bilanzierungspflichtigen Commodity-Stromderivaten handelt es sich um Derivate, die zu Eigenhandelszwecken gehalten werden. Nicht berücksichtigt sind Warentermingeschäfte, die abgeschlossen wurden, um einen physischen Bedarf des Unternehmens aus zukünftigen Energielieferverpflichtungen für Strom und Gas abzudecken sowie CO₂-Zertifikate aus dem Emissionshandel.

Der Nominalwert der eingesetzten Commodity-Stromderivate der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, beträgt zum Bilanzstichtag 19.232 T€ (Vorjahr: 16.798 T€). Der Marktwert (beizulegende Zeitwert) beträgt 38 T€ (Vorjahr: 26 T€). Der beizulegende Zeitwert ergibt sich aus einer Mark-to-market-Ermittlung der offenen Positionen zum Bilanzstichtag und berücksichtigt zusätzlich Gewinne und Verluste aus geschlossenen Positionen. Zum Bilanzstichtag lagen keine offenen Commodity-Optionen vor.

Die zinsbezogenen Geschäfte betreffen Zinsswaps mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Summe der Nominalwerte der bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, eingesetzten Zinssicherungsgeschäfte (Swaps) beträgt 43.000 T€. Der Marktwert (beizulegende Wert aller Swaps) zum Bilanzstichtag beträgt -4.379 T€.

Zur Absicherung von Wechselkursrisiken im Zusammenhang mit der Projektierung von Photovoltaik-Parks in Großbritannien durch die PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein, wurden Devisentermingeschäfte im Volumen von 17.950 TGBP mit einer Laufzeit bis 28. Februar 2017 und 28. April 2017 abgeschlossen. Der Marktwert (beizulegende Wert aller Terminverkäufe) beträgt -709 T€ zum Bilanzstichtag.

Bei der pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, beträgt der Nominalwert eines Zinssicherungsgeschäftes (Swap) 6.215 T€. Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -500 T€.

In allen Gesellschaften wurde der Marktwert (beizulegende Wert) nach der Barwertmethode ermittelt.

Vertragsportfolios Vertrieb (IDW RS ÖFA 3; Bilanzierung von Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträgen bei Energieversorgungsunternehmen)

Im Rahmen der allgemeinen Geschäftstätigkeit verkauft die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, Energie mit zukünftigem Lieferdatum an Endverbraucher. Bei den schwebenden Beschaffungsgeschäften handelt es sich um physisch zu erfüllende Warentermingeschäfte, die der Marktpreissicherung für zukünftige Energielieferverpflichtungen dienen. Diese werden für Zwecke der Bewertung zu Portfolios zusammengefasst (1·2·3energie, Standardlastprofil und registrierende Leistungsmessung).

Im Geschäftsfeld der Industriekunden werden die Energiebezugspreise durch eine bedarfsgerechte Beschaffung abgesichert, d. h. zum Zeitpunkt der Anmeldung des Kundenbedarfes werden die Liefermengen eingedeckt, die mit dem Kunden vereinbart sind (Portfolio-Hedge). Preisrisiken sind damit dem Grunde nach ausgeschlossen. Mengenrisiken aus Lieferverträgen werden über Toleranzbandregelungen minimiert.

Für die Liefermengen an Privat- und Gewerbekunden (mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen) erfolgt eine strukturierte Beschaffung (Tranchenmodell), wobei auch zukünftige Prognosedaten für Energieliefermengen für Strom und Gas in branchenüblichen Zeiträumen (maximal bis 2020 für Strom bzw. maximal bis 2020 für Gas) berücksichtigt werden (Portfolio-Hedge).

Es erfolgt eine portfoliobezogene Deckungsbeitragsrechnung, in der die Portfolios sachgerecht voneinander abgegrenzt werden (d. h. im Einklang mit der Portfoliosteuerung). Die Energiebezugsaufwendungen werden dabei mittels Transferpreismodell zugeordnet. Das ermöglicht sowohl eine zukunfts- (Planung) als auch vergangenheitsorientierte Betrachtung (Backtesting). Die Ergebnisse der Deckungsbeitragsrechnung können auf die Gewinn- und Verlustrechnung übergeleitet werden.

Der Gesamtbetrag der nicht in der Bilanz enthaltenen Zahlungsverpflichtungen aus am Abschlussstichtag schwebenden Energiebeschaffungsgeschäften für Strom und Gas beträgt 94.520 T€ bzw. 83.080 T€. Zum Bilanzstichtag existieren zwei offene Commodity-Optionen für das Vertragsportfolio Vertrieb. Der Marktwert dieser Optionen ist zum Bilanzstichtag positiv. Drohverlustrückstellungen sind gemäß Deckungsbeitragsrechnung nicht zu bilden.

Bewertungseinheiten Eigenhandel

Neben der Beschaffungsoptimierung im Vertriebsgeschäft ist der Handel von Commodity-Derivaten zur Erzielung von Handelsgewinnen in engen, klar definierten Grenzen gestattet. Der Eigenhandel erfolgt limitiert und wird durch eine vom Handel getrennte Organisationseinheit, dem Risikocontrolling, überwacht.

Eine Gewinnerzielung im jeweiligen Handelsportfolio wird durch den Abschluss von Gegengeschäften (Glattstellung) erreicht. Die Glattstellung der Position ist nur mit gleichen oder gleichartigen Produkten des jeweiligen Commodity, die der gleichen Risikoart unterliegen, möglich. Durch die kompensatorische Wirkung von Short- und Long-Positionen werden die Risiken aus Marktpreisänderungen abgesichert (Portfolio-Hedge). Die Effektivität der Bewertungseinheit (Portfolioansatz) wird mittels einer Mark-to-market-Bewertung belegt und beträgt 100 %. Auf diese Weise wird die kompensatorische Wirkung der Marktwerte aller Short- und Long-Positionen innerhalb eines Portfolios aufgezeigt und sichergestellt. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode, bei der Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts eingefroren und in der Bilanz sowie in der Konzern-GuV unberücksichtigt gelassen werden, soweit der Eintritt der Risiken ausgeschlossen ist. Der Betrag des Grundgeschäftes (2.315 T€) wird durch das Sicherungsgeschäft abgesichert.

Physisch zu erfüllende Geschäfte werden bei Glattstellung bis zur Energielieferung im Handelsportfolio weitergeführt (bis 2018). Eine Teildesignation von Sicherungsinstrumenten in Form einer Entnahme von derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsportfolio vor deren physischer oder finanzieller Realisation ist entsprechend der Risikostrategie des Unternehmens und Zielsetzung des Handelsbestandes nicht gestattet.

Bewertungseinheiten Zinssicherungsgeschäfte

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, hat zur Absicherung von Zinsrisiken aus dem variabel verzinsten Investitionsdarlehen (Grundgeschäft) in Höhe von 3.000 T€ (zum Ultimo 2016) einen Zinsswap (Sicherungsgeschäft) am 13. Oktober 2006 abgeschlossen. Durch den Zinsswap werden die vierteljährlichen, variablen Zahlungsströme in vierteljährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 4,60 % p. a. umgewandelt. Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -614 T€. Der Nominalwert, die Tilgungsstruktur und die Laufzeit entsprechen dabei jenen des Investitionsdarlehens. Die deckungsgleiche Abstimmung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) des Zinsswaps auf das Darlehen besitzt einen reinen Absicherungscharakter. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus variabel verzinsten Teiltranchen der Schuldschein-Emission 2013 (Grundgeschäft) in Höhe von 40.000 T€ (zum Ultimo 2016) hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, mehrere Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) am 30. September 2013, 9. Oktober 2013, 15. Oktober 2013, 18. Oktober 2013 und am 22. November 2013 abgeschlossen. Durch die Zinsswaps werden die halbjährlichen, variablen Zahlungsströme in halbjährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 2,42 % p. a. bzw. 3,12 % p.a. umgewandelt (Mikro-Hedge). Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -3.765 T€. Die Nominalwerte, die Tilgungsstrukturen und die Laufzeiten entsprechen dabei jenen der Teiltranchen der Schuldschein-Emission. Die deckungsgleiche Abstimmung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) der Zinsswaps auf die Schuldscheine besitzt einen reinen Absicherungscharakter. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Die pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein, hat zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos aus einem variabel verzinslichen Darlehen in Höhe von 6.215 T€ (Restschuld am 31. Dezember 2016), einen Zinsswap am 14. Februar 2012 abgeschlossen. Durch diesen Zinsswap werden die halbjährlichen, variablen Zahlungsströme in halbjährliche, fixe Zahlungsströme mit einer Verzinsung in Höhe von 3,63 % p. a. umgewandelt. Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -500 T€. Der Nominalwert, die Tilgungsstruktur und die Laufzeit entsprechen dabei jenen des

Darlehens. Die deckungsgleiche Abstellung des Zinsswaps auf das Darlehen besitzt einen reinen Absicherungscharakter. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

In allen Gesellschaften wurde der Marktwert (beizulegender Wert) nach der Barwertmethode ermittelt.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen (100 %) wird über die Critical Terms Match-Methode ermittelt und nachgewiesen.

Bewertungseinheiten Devisentermingeschäfte

Die PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein, projiziert in Großbritannien Photovoltaik-Parks. Zur Absicherung des Wechselkursrisikos aus bereits abgeschlossenen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Verkäufen der Photovoltaik-Parks bis zum Zahlungszeitpunkt hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, Devisentermingeschäfte (GBP-Verkauf) im Volumen von 17.950 TGBP am 26. September 2016, 4. Oktober 2016 und 19. Dezember 2016 abgeschlossen. Der Marktwert (beizulegender Wert aller Terminverkäufe) zum Bilanzstichtag beträgt -709 T€. Dieser wurde nach der Barwertmethode ermittelt. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung (100 %) wird über die Critical Terms Match-Methode ermittelt und nachgewiesen.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

27. Umsatzerlöse

	2016 T€	Vorjahr T€
Strom	1.202.152	1.285.232
Gas	133.702	150.903
Telekommunikation	15.446	14.804
Wärme	15.195	15.839
Sonstige ¹⁾	89.047	112.117
	1.455.542	1.578.895

¹⁾ davon Ausland 30.748 T€ (Vorjahr: 22.007 T€)

Gemäß der **Neudefinition der Umsatzerlöse** in § 277 Abs. 1 HGB sind in die Umsatzerlöse auch Erlöse aus Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen einzubeziehen, die nicht für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit typisch sind. Die entsprechenden Vorjahresbeträge sind in den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Unter Anwendung des neuen Rechts beläuft sich der Vorjahreswert der Umsatzerlöse auf 1.583.748 T€.

In den **Umsatzerlösen** (bei positivem Gesamtergebnis) bzw. im Materialaufwand (bei negativem Gesamtergebnis) sind die Handelsmargen aus realisierten Energiehandelsgeschäften und energiebezogenen Derivaten enthalten. Diese Darstellung (Nettoausweis) wird nur für den Geschäftsbereich Handel durchgeführt. Der entsprechende Bruttowert der Umsatzerlöse beläuft sich im Geschäftsjahr auf 1.517.971 T€ (Vorjahr: 1.690.278 T€). Der Nettoausweis der Handelsgeschäfte führt im Geschäftsjahr zu einem um 62.429 T€ (Vorjahr: 111.383 T€) niedrigeren Wert. Der Nettoausweis ermöglicht eine realistische Darstellung der Umsatzerlöse.

In den **Umsatzerlösen Strom** sind auch die Erträge aus der ratiellen Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen enthalten.

Unter den **Umsatzerlösen Strom und Gas** sind wegen des rollierenden Systems bei der Jahresverbrauchsabrechnung neben tatsächlich abgerechneten Erlösen auch Schätzwerte ausgewiesen.

In den **Umsatzerlösen** sind periodenfremde Erlöse in Höhe von -2.470 T€ (Vorjahr: -3.086 T€) enthalten.

28. Sonstige betriebliche Erträge

	2016 T€	Vorjahr T€
Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen	29.895	31.436
Erträge aus Abgängen von Gegenständen sowie Erträge aus Zuschreibungen des Anlagevermögens	972	5.545
Erträge aus der Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	1.317	128
Sonstige periodenfremde Erträge	1.998	1.260
Übrige Erträge	8.586	12.297
	42.768	50.666

Der gemäß BilRUG angepasste Vorjahreswert der **Sonstigen betrieblichen Erträge** beläuft sich auf 45.813 T€; wir verweisen auf die Ausführungen zu den Umsatzerlösen.

In den **Übrigen Erträgen** sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 357 T€ enthalten.

29. Materialaufwand

	2016 T€	Vorjahr T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.082.983	1.155.757
Aufwendungen für bezogen Leistungen	146.530	152.323
	1.229.513	1.308.080

Infolge der Änderungen durch das BilRUG erfolgt der Ausweis der Konzessionsabgaben im **Materialaufwand**. Die entsprechenden Vorjahresbeträge sind in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Unter Anwendung des neuen Rechts beläuft sich der Vorjahreswert des Materialaufwands auf 1.323.688 T€.

In den Umsatzerlösen (bei positivem Gesamtergebnis) bzw. im **Materialaufwand** (bei negativem Gesamtergebnis) sind die Handelsmargen aus realisierten Energiehandelsgeschäften und energiebezogenen Derivaten enthalten. Diese Darstellung (Nettoausweis) wird nur für den Geschäftsbereich Handel durchgeführt. Der entsprechende Bruttowert des Materialaufwands beläuft sich auf 1.291.942 T€ (Vorjahr: 1.419.463 T€). Der Nettoausweis der Handelsgeschäfte führt im Geschäftsjahr zu einem um 62.429 T€ (Vorjahr: 111.383 T€) niedrigeren Wert. Der Nettoausweis ermöglicht eine realistische Darstellung des Materialaufwands.

Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** betreffen überwiegend den Energiebezug für das Strom- und Gasgeschäft. Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** enthalten im Wesentlichen Fremdlieferungen und -leistungen, z. B. für Instandhaltungsmaßnahmen oder fremdbezogene Dienstleistungen sowie Konzessionsabgaben.

Es sind periodenfremde **Materialaufwendungen** in Höhe von -8.916 T€ (Vorjahr: -3.250 T€) enthalten.

30. Personalaufwand

	2016 T€	Vorjahr T€
Löhne und Gehälter	64.987	69.489
Soziale Abgaben	10.669	10.763
Aufwendungen für Altersversorgung	1.221	6.393
	76.877	86.645

31. Abschreibungen

	2016 T€	Vorjahr T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	5.665	4.670
davon Abschreibungen auf den Geschäfts- und Firmenwert	48	416
Abschreibungen auf Sachanlagen	39.795	39.102
	45.460	43.772

Die **Abschreibungen** repräsentieren den tatsächlichen Werteverzehr des Anlagevermögens.

32. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2016 T€	Vorjahr T€
Fremdlieferungen und -leistungen	29.546	35.687
Wertberichtigungen auf Forderungen	4.625	5.885
Rechts- und Beratungskosten	4.324	4.601
Zuführung zur Rückstellung für gesetzliche und vertragliche Risiken	1.356	3.394
Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB	10.116	1.124
Konzessionsabgaben	0	15.608
Übrige Aufwendungen	30.321	19.709
	80.288	86.008

Durch den Wegfall der Außerordentlichen Aufwendungen in der GuV gemäß BilRUG sind die Unterschiedsbeträge bezüglich der Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB (BilMoG-Anpassungsbeträge) unter den **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** auszuweisen. Der Vorjahresbetrag der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöht sich nach Anwendung des neuen Rechts infolgedessen um 1.124 T€ (Vorjahr: Ausweis als Außerordentliche Aufwendungen).

Gemäß BilRUG erfolgt der Ausweis der Konzessionsabgaben im Materialaufwand; wir verweisen auf die entsprechenden Erläuterungen in diesem Abschnitt. Unter Anwendung des neuen Rechts beläuft sich der Vorjahreswert der **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** auf 70.400 T€.

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen** beinhalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.472 T€ (Vorjahr: 2.300 T€).

In den **Übrigen Aufwendungen** sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 332 T€ und sonstige periodenfremde Aufwendungen von 3.482 T€ (Vorjahr: 3.398 T€) enthalten. Ferner werden in diesem Posten sonstige Steuern in Höhe von 1.314 T€ (Vorjahr: 348 T€) ausgewiesen, der periodenfremde Anteil beträgt -295 T€ (Vorjahr: -130 T€).

In den **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Geschäftsjahr 2016 Abschlussprüferhonorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB wie folgt enthalten:

	Abschluss- prüfungen T€	andere Bestätigungen T€	Steuer- beratung T€	Sonstige Leistungen T€	2016 Gesamt T€
Mutterunternehmen	68	-	10	1.303	1.381
vollkonsolidierte Tochterunternehmen	89	30	-	1.116	1.235
quotenkonsolidierte					
Gemeinschaftsunternehmen	23	-	1	38	62
davon nicht vom Abschlussprüfer des Mutterunternehmens erbracht	-	-	-	-	0
	180	30	11	2.457	2.678

In den jeweiligen Einzelabschlüssen wurde von der Erleichterungsregelung des § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB Gebrauch gemacht.

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Beteiligungs- und dem Zinsergebnis zusammen.

33. Beteiligungsergebnis

	2016 T€	Vorjahr T€
Ergebnisse aus Beteiligungen	3.102	2.615
Ergebnisse aus assoziierten Unternehmen	740	-4.821
	3.842	-2.206

34. Zinsergebnis

	2016 T€	Vorjahr T€
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.155	5.351
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.232	1.486
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-61	-794
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-810	-2.279
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-19.493	-62.352
	-12.977	-58.588

Der Posten **Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** enthält vorwiegend Erträge aus Fonds-Anteilen und sonstigen Darlehen.

Bei den unter **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** ausgewiesenen Beträgen handelt es sich insbesondere um Zinserträge aus der Anlage liquider Mittel in Festgeldern, Anleihen und Wertpapieren des Umlaufvermögens.

Die **Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** resultieren aus den zum Bilanzstichtag anzusetzenden niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** beinhalten den Zinsanteil (Aufwendungen aus der Aufzinsung) aus den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie aus den Rückstellungen für Arbeitnehmerjubiläen und Frühruhestand in Höhe von 10.634 T€ (Vorjahr: 54.624 T€).

Der Zinsänderungseffekt bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen beträgt 6.728 T€ (Vorjahr: -35.709 T€ (Aufwand)).

Die Erträge aus der Änderung des Zeitwerts des Deckungsvermögens sind mit 65 T€ (Vorjahr: 53 T€) berücksichtigt.

35. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2016 T€	Vorjahr T€
Körperschaftsteuer (inkl. Solidaritätszuschlag)	17.069	14.236
Gewerbesteuer	9.997	12.243
Latenter Steueraufwand	151	116
	27.217	26.595

Das **Ergebnis nach Steuern** entspricht dem Jahresüberschuss, da die sonstigen Steuern im Sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind.

36. Erträge und Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung und Bedeutung

Im Berichtsjahr wurde der noch anzusammelnde Unterschiedsbetrag (BilMoG-Anpassungsbetrag) aus der seinerzeitigen Änderung der Bilanzierung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (§§ 249 Abs. 1 Satz 1, 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB) in Höhe von 10.116 T€ in die Rückstellung eingestellt; der GuV-Ausweis erfolgt unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

37. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 25 HGB sind nicht eingetreten.

38. Anzahl der Arbeitnehmer(innen) (Stammebelegschaft) im Jahresdurchschnitt

	2016	Vorjahr
Angestellte	727	760
Gewerbliche Arbeitnehmer	287	285
	1.014	1.045

Davon beträgt die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer(innen) der Unternehmen, die nur anteilmäßig einbezogen werden, 158 Mitarbeiter(innen) (Vorjahr: 162 Mitarbeiter(innen)).

39. Anteilseigner des Mutterunternehmens PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Am Grundkapital der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, waren am 31. Dezember 2016 der Bezirksverband Pfalz, Kaiserslautern, mit mehr als der Hälfte und die innogy SE, Essen ¹⁾, mit mehr als dem vierten Teil beteiligt. Mitteilungen über die Beteiligungsverhältnisse nach § 20 AktG liegen vor.

Der im Jahr 2012 im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Der Bezirksverband Pfalz hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihm an unserer Gesellschaft sowohl mehr als der vierte Teil der Aktien als auch eine Mehrheitsbeteiligung gehört.“

Der im Jahr 2016 im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Die RWE International SE, Essen, hat uns – auch namens und im Auftrag der RWE Aktiengesellschaft, Essen, – gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass der RWE International SE an unserer Gesellschaft mehr als der vierte Teil der Anteile gehört. Die Mehrheit der Anteile an der RWE International SE hält die RWE Downstream Beteiligungs GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der RWE Downstream Beteiligungs GmbH hält die RWE Aktiengesellschaft, Essen, der damit gemäß § 20 Abs. 1 i. V. m. § 16 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 AktG mehr als der vierte Teil der Anteile an unserem Unternehmen zuzurechnen ist.“ ¹⁾

¹⁾ Am 16. September 2016 wurde mitgeteilt, dass die RWE International SE mit Wirkung zum 1. September 2016 in innogy SE umfirmiert. Eine Umschreibung im Aktienregister wurde vorgenommen.

40. Unternehmensorgane des Mutterunternehmens PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat

Theo Wieder

Vorsitzender,
Oberbürgermeister der
Stadt Frankenthal a. D.,
Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz,
Frankenthal

Heike Fried

stellv. Vorsitzende,
Vorsitzende des Betriebsrates der
PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
und der Pfalzwerke Netz AG,
Offenbach a. d. Queich

Dr. Heinz-Willi Mölders

stellv. Vorsitzender (bis 3. Mai 2016),
ehem. Mitglied des Vorstandes der
RWE Deutschland AG,
Dormagen

Dr. Gabriël Clemens

Mitglied des Vorstandes der
VSE Aktiengesellschaft,
Saarbrücken

Peter Doland

Sachbearbeiter bei der Pfalzwerke Netz AG,
Ludwigshafen am Rhein

Günter Eymael

Staatssekretär a. D.,
Bad Dürkheim

Peter Oriwol

freigestelltes Mitglied des Betriebsrates der
PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
und der Pfalzwerke Netz AG,
Frankenthal

Günther Ramsauer

stellv. Vorsitzender,
Beigeordneter (Kulturdezernent) der Stadt
Ludwigshafen am Rhein a. D.,
Ludwigshafen am Rhein

Dr. Stefan Richter

stellv. Vorsitzender (seit 3. Mai 2016),
Leiter Regulierungsmanagement der innogy SE,
Essen

Georg Rösner

Fachvormonteur bei der Pfalzwerke Netz AG,
Mandelbachtal

Manfred Schwarz

Pensionär (ehem. Dipl.-Ing. bei BASF SE),
2. stellv. Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz,
Ludwigshafen am Rhein

Karl-Heinz Seebald

Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Rockenhausen a. D.,
Rockenhausen

Dr. Steffen Zimmermann

Dipl.-Physiker,
Software Product Manager
bei Accenture CAS GmbH,
Mainz

Vorstand

Dr. rer. pol. Werner Hitschler
Dipl.-Kfm.,
Frankenthal

René Chassein
Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing.,
Wallhalben

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 153 T€. Ehemalige Vorstandsmitglieder und die Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder bezogen im Jahr 2016 insgesamt 770 T€.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und deren Hinterbliebenen sind Rückstellungen in Höhe von 7.906 T€ gebildet.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands nach § 314 Abs. 1 Nr. 6a HGB verzichtet.

41. Verwendung des Bilanzgewinns

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, für das Geschäftsjahr 2016 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 6,00 €

je gewinnberechtigte Stückaktie 11.064.132,00 €

Bei dem angegebenen Betrag für die Dividende sind die zum 31. Dezember 2016 dividendenberechtigten Aktien berücksichtigt. Die von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien sind gemäß § 71 b AktG nicht dividendenberechtigt. Sollte die Zahl der eigenen Aktien, die von der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gehalten werden, größer sein als zum 31. Dezember 2016, vermindert sich der an die Aktionäre auszuschüttende Betrag um den Dividendenteilbetrag, der auf die Differenz an Aktien entfällt. Der dann verbleibende Teil des Bilanzgewinns, der einen Gewinnvortrag in Höhe von 15.197.534,76 € enthält, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Ludwigshafen am Rhein, am 20. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Werner Hitschler



René Chassein

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mannheim, den 20. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Andreas Hellwig
Wirtschaftsprüfer